

00189



ÖKO-INSTITUT

Institut für Angewandte Ökologie e.V.
Institute for Applied Ecology
Institut d'Ecologie Appliquee

Perspektiven der CO₂-Reduktion im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland

"Energisch Energie Sparen"

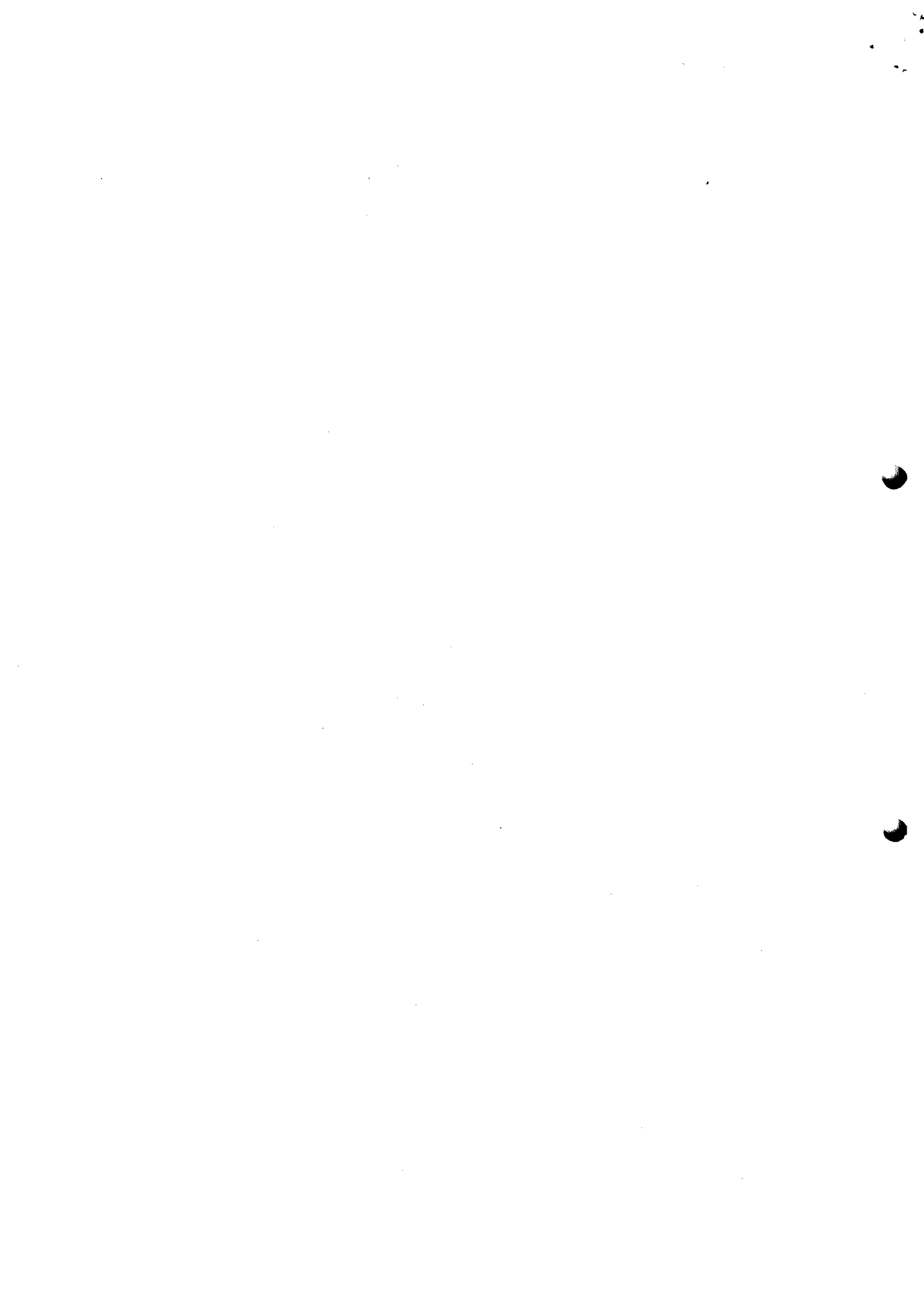
Hemmnisse und
Umsetzungsinstrumente

- Zwischenbericht -

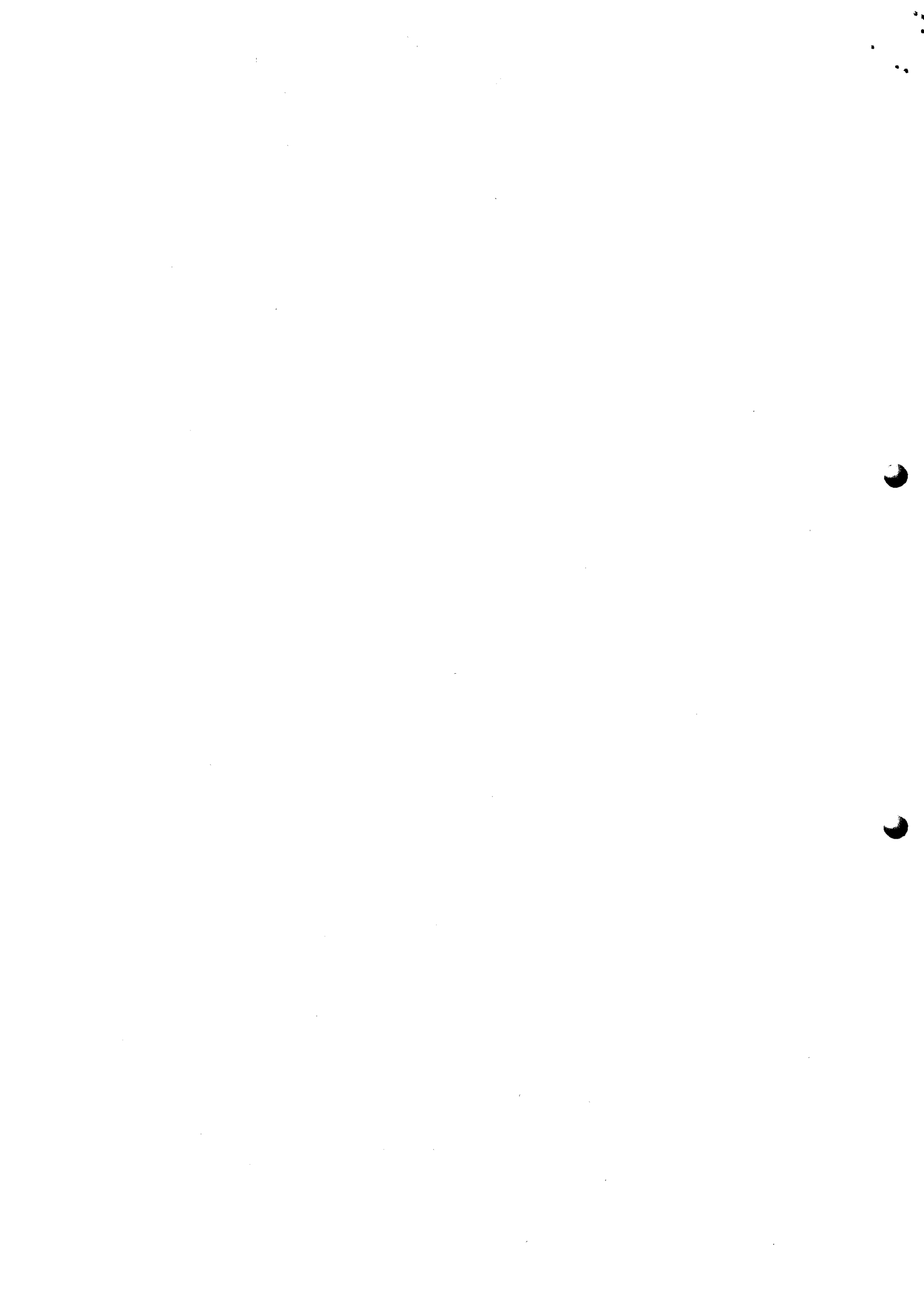
Darmstadt, Freiburg im August 1994

Bearbeitung:
Dr. Bettina Brohmann
Dipl.-Ing. Gero Lücking

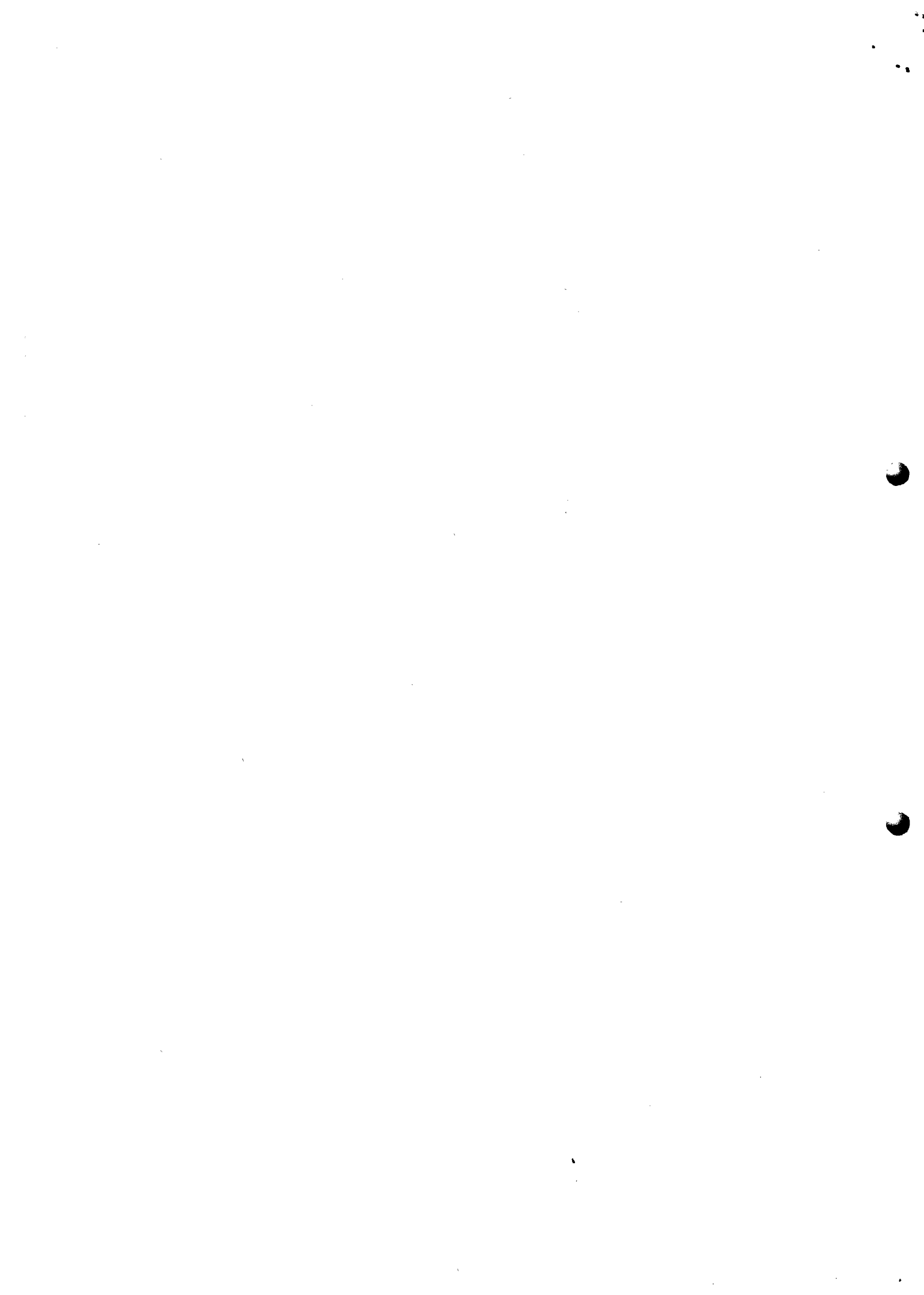
Geschäftsstelle Freiburg	Büro Berlin	Büro Darmstadt
Postfach 6226	Friedrichstr. 165	Bunsenstr. 14
79038 Freiburg	10117 Berlin	64293 Darmstadt
Tel.: 0761 - 473031	Tel.: 030 - 2291393	Tel.: 06151 - 8191 - 0
Fax : 0761 - 475437	Fax: 030 - 2291393	Fax : 06151 - 8191 -33
Email: 0761 - 471437 (oekomail.zer)		



INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
0 Einleitung	1
1 Vorgehensweise	2
1.1 Methode und konkrete Vorgehensweise	2
1.2 Arbeits-Hypothesen zur Hemmnisanalyse	4
1.3 Akteure und Handlungsebenen.....	5
1.3.1 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)	5
1.3.2 Die Landeskirchen	6
1.3.3 Die Kirchenkreise	7
1.3.4 Die Gemeinden	8
1.3.5 Kirchliche Vereine / Organisationen.....	8
1.4 Kirche und Klima.....	8
2 Ergebnis der Interviews: Hemmnisse	10
2.1 Die verschiedenen Umsetzungsebenen.....	11
2.2 Aspekte der Finanzierung.....	11
2.3 Strukturell organisatorische Hemmnisse.....	14
2.4 Individuelle nutzerorientierte Hemmnisse	15
3 Vorschläge und Aktivitäten zum Klimaschutz	16
3.1 Übersicht idealtypischer Handlungsebenen und Aktivitäten	16
3.2 Ergebnis der Interviews: Umsetzungsinstrumente	21
3.2.1 EKD	21
3.2.2 Landeskirchen	22
3.2.3 Diakonie	25
3.2.4 Gemeinden	27
3.2.5 Finanzwesen	29
3.3 Weitergehende Vorschläge zum Klimaschutz.....	32
3.4 Bewertung und Einordnung der Vorschläge	33
3.4.1 Maßnahmenüberblick.....	33
3.4.2 Minimalkatalog	34



4	Zusammenfassung	36
4.1	EKD	36
4.2	Landeskirchen	36
4.3	Diakonie	37
4.4	Gemeinden	37
4.5	Finanzwesen	38
4.6	Programmempfehlung	38
5	Literaturverzeichnis	39
6	Anhang	40



0 Einleitung

Der vorliegende Teilbericht umfaßt die vom Öko-Institut e.V. zu erstellende Hemmnisanalyse. Diese basiert auf der Auswertung qualitativer Interviews. Eingeflossen sind auch Teilergebnissen der Ist-Aufnahme und der Status-quo-Analyse. Zur Hypothesenbildung und Einordnung der Untersuchungsergebnisse wurden Expertengespräche und die Auswertung umfangreicher Sekundärliteratur herangezogen.

Ziel dieser Teiluntersuchung ist die Zusammenstellung und Bewertung möglicher Hemmnisse bei der Durchführung von Einsparmaßnahmen und einer umfassenden Klimaschutzstrategie auf allen Ebenen kirchlichen Handelns. Ziel ist es, aus der Analyse Vorschläge zur Hemmnisüberwindung zu sammeln und zu entwickeln.

In Kapitel 1.1 wird die Methode und konkrete Vorgehensweise bei den Arbeiten, die sich über ein Jahr erstreckten, beschrieben. In Kapitel 1.2 werden die Arbeitshypothesen, die der Hemmnisanalyse zugrunde gelegt wurden, zusammengestellt. In Kapitel 1.3 sind die verschiedenen Akteure, die bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Energie auf den unterschiedlichsten Ebenen innerhalb der evang. Kirche beteiligt sind, benannt. Dies geschieht, damit die Ergebnisse der Untersuchung zielgruppengerichtet und akteursbezogen formuliert werden können. In einem weiteren Abschnitt (Kap. 1.4) wurde zur Einbettung der Untersuchungsergebnisse ein Überblick kirchlicher Ziele und Denkschriften in bezug auf Energieeinsparung und Klimaschutz exkursorisch zusammengestellt.

Innerhalb der Bearbeitung wurden zahlreiche Gespräche mit Persönlichkeiten, Akteuren und Funktionsträgern aus allen relevanten Bereichen der evang. Kirche geführt. In diesen Interviews wurde gezielt nach den Umsetzungsbedingungen und den auftretenden Problemen gefragt. Die Ergebnisse dieser Gespräche und die auftretenden Hemmnisse werden in Kapitel 2 beschrieben. Dabei wird unterschieden zwischen den finanziellen, den strukturell organisatorischen, den individuell nutzerorientierten und den sonstigen Hemmnissen.

In Kapitel 3 werden Vorschläge und Aktivitäten zum Klimaschutz dargestellt. Während in Kapitel 3.1 eine idealtypische Strategie zum Klimaschutz für die evang. Kirche entworfen wird, werden in Kapitel 3.2 die Vorschläge zur Überwindung der Hemmnisse, die innerhalb der Interviews genannt wurden, dargestellt. Dies geschieht akteurs- bzw. zielgruppengerichtet. Weitergehende - nicht in den Interviews geäußerte - Vorschläge zum Klimaschutz sind in Kapitel 3.3 aufgeführt. In Kapitel 3.4 werden die Vorschläge und Möglichkeiten bewertet, in dem in 3.4.1 ein Gesamtüberblick gegeben und in Kapitel 3.4.2 ein Minimalkatalog erstellt wird, der zum jetzigen Zeitpunkt EKD-weit umsetzbar erscheint.

Kapitel 4 stellt die Ergebnisse der Hemmnisanalyse zusammenfassend dar.

1 Vorgehensweise

Das folgende Kapitel erläutert die Vorgehensweise in bezug auf die Hypothesenbildung, die Interviewvorbereitung und -führung, die Auswahl von Zielgruppen und Gesprächspartnern sowie die Form der Auswertung und Ergebnisdarstellung.

1.1 Methode und konkrete Vorgehensweise

Es wurden verschiedene vorbereitende Arbeiten der eigentlichen Hemmnisanalyse vorangestellt, um das Untersuchungsfeld besser einordnen zu können. Das sind u.a.:

- Teilnahme an der Entwicklung des Untersuchungsdesigns, Strukturierung der Status quo Aufnahme und der Ist-Analyse,
- Teilnahme an Beirats- und Arbeitsgruppensitzungen, Expertengespräche,
- Beteiligung bei Konzeption und Vorbereitung des Hausmeister- und Mesnerwettbewerbs (Vorschläge zum Ablauf und zur Gestaltung von Anzeigen und Anschreiben).

In der Vorbereitung zur Hemmnisanalyse wurde der Fragebogen "Erhebung zum Energieverbrauch von kirchlichen Gebäuden" mitentwickelt. Hier wurde gezielt auch nach der Umsetzung und nach möglichen Verbesserungen bei Energieeinsparung gefragt.

Der Rücklauf wurde ausgewertet und die Ergebnisse stellen einen wichtigen Grundstein für die Einzel- und Gruppeninterviews mit kirchlichen Akteuren aus allen Bereichen dar.

In einem weiteren Arbeitsschritt wurde eine Bestandsaufnahme der allgemeinen strukturellen Bedingungen und Entscheidungsabläufe in der evangelischen Kirche anhand von Primär- und Sekundärliteratur sowie Expertengesprächen (Beschreibung des Status quo durch Oikos) vorgenommen (siehe Literaturliste in Kapitel 5). Im Anschluß wurden die bis dahin bereits zurückgelaufenen Fragebögen aus der Erstbefragung zum Energieverbrauch (s.o.) sowie eine Vielzahl von Energiegutachten (Berlin-Brandenburg, Bremen, Westfalen, Württemberg, ...) ausgewertet. Anhand eines Grobkonzeptes wurden Fragestellungen, Gesprächsleitfaden und auszuwählende Zielgruppen u.a. auf der ersten Beiratssitzung in Arnoldshain am 21./22.2.1994 zur Diskussion gestellt. Hier konnten wichtige Ergänzungen und Anregungen vonseiten der Beiratsmitglieder aufgenommen und im Gesamtkonzept berücksichtigt werden. Die Auswahl der Interviewpartner wurde ausführlich in der Projektgruppe diskutiert, sie wurde ebenfalls Mitgliedern des Beirats zur Kommentierung und Ergänzung vorgelegt.

Ausgewählt wurden zunächst 30 Gesprächspartner/innen:

- 13 Umweltbeauftragte,
- 4 Finanzfachleute,
- 3 kirchliche Baufachleute,
- 2 Geschäftsführer kirchlicher Banken,
- 2 Energieberater,
- 2 Pfarrer,
- 1 Studienleiter einer Akademie,
- 1 Geschäftsführer eines Krankenhauses,
- 1 Angestellter aus dem Kirchenamt der EKD und
- 1 engagiertes Gemeindemitglied.

Die Gespräche mit den Einzelpersonen sollten möglichst offen gestaltet werden, aus diesem Grund nahmen auch jeweils zwei Interviewer teil (Ausnahme: zwei Interviews). Die Gesprächspartner erhielten zu ihrer persönlichen Information und Vorbereitung vorab einen Gesprächsleitfaden mit 10 Fragen (siehe Anhang), wurden aber auf den gewünschten offenen Gesprächscharakter der Interviews hingewiesen. Neben Einzelinterviews wurden auch vier Gruppengespräche geführt, die jedoch in ähnlicher Weise ausgewertet werden konnten. Neben der Informationsgewinnung war es gleichzeitig Zielsetzung der Gespräche, auf das Projekt selbst hinzuweisen und erste Ergebnisse, mögliche Ansatzpunkte zur Aktivierung der Gesprächspartner, interessante Kontakte und Informationsquellen zu erhalten.

Die nachgefragten Themenkreise tangierten zum einen die Einschätzung über die Bedeutung von "Energiesparen" als Investitionsauslöser, die Kenntnisse über das Projekt "Energisch Energie sparen", die Einschätzung zum notwendigen Engagement im Bereich Energie, Erfahrungen mit der Umsetzung und eigene Ideen zur Verbesserung von Programmen und Organisation. Es wurden weiterhin angesprochen mögliche strukturelle Veränderungen und kirchenpolitische Vorgaben sowie Wünsche an das Projekt und an die Kirche im allgemeinen bzgl. Klimaschutz. Breiter Raum wurde für die Schilderung der alltäglichen Abläufe, eigener Projekte und neuer Pläne eingeräumt.

Die Art der Untersuchung läßt keine quantitative Auswertung im klassischen Sinne zu, wenngleich auch über die Häufigkeit ähnlicher Aussagen Schlüsse gezogen werden könnten. Im Vordergrund stehen demgegenüber eine möglichst breite und fundierte Erfassung der Erfahrungen ausgewählter Akteure.

Die Ergebnisse wurden in einem Auswertungsbogen einzeln zusammengestellt. Die Auswertung wurde den Gesprächsteilnehmern zugesandt, um mögliche weitere Anregungen und Ergänzungen aufzunehmen. Die so mit den Personen abgestimmten Ergebnisse sind im Anhang dokumentiert.

Auf der Basis aller Ergebnisse wird ein idealtypischer Ablauf einer Klimastrategie für die Kirche skizziert, wobei die verschiedenen Akteurebenen und ihre Handlungsinstrumente sowie der zeitliche Ablauf differenziert werden. Diesem idealtypischen Ablauf werden die in der Untersuchung gewonnenen Hemmnisse gegenübergestellt. Gemeinsam mit den Vorschlägen der Interviewpartner

werden diese bewertet und zu einem abgestimmten Instrumentenpaket zusammengefaßt, das in einem letzten Bearbeitungsschritt wiederum mit den betreffenden Akteuren diskutiert und modifiziert werden soll.

1.2 Arbeits-Hypothesen zur Hemmnisanalyse

Ausgehend von einer Sichtung verschiedener Studien und Materialien zur Erstellung und Umsetzung von Energieprojekten und einer Ist-Analyse der Struktur der EKD und ihrer Landeskirchen wurde ein erstes Set von Arbeitshypothesen gebildet. Dabei wurde grundlegend differenziert zwischen strukturellen Hindernissen, finanztechnischen Hemmnissen, persönlichen, d.h. nutzerorientierten Einflüssen und sonstigen Bedingungen, die sich formal nicht zuordnen lassen, bzw. im Einzelfall sehr speziell sind. Bei der Recherche und den Einzelinterviews wurde berücksichtigt, daß alle diese Bereiche auch zusammenwirken und sich wechselseitig z.T. bedingen.

Bezogen auf die möglichen strukturellen Hemmnisse wurden folgende Hauptthesen formuliert:

"Es fehlt im Bereich Energie / Klimaschutz an klaren kirchenpolitischen Zielsetzungen (z.B. Einsparziele) und Vorgaben."

"Die Entscheidungsstrukturen und Zuständigkeiten innerhalb der EKD und der Landeskirchen sind derart komplex, daß sie Einzelengagement blockieren können."

"Eine strategische Abstimmung der Einzelressorts in Richtung Energiesparoffensive findet nicht statt, Kirche arbeitet eher reaktiv."

"Erfolgreiche Projekte sind zu wenig bekannt, die Öffentlichkeitsarbeit im Energiebereich könnte verbessert werden."

Für den Bereich der Finanzen haben sich drei Thesen herauskristallisiert:

"Aufgrund der allgemein sehr angespannten Finanzsituation ist auch in der Kirche mit drastischen Einsparmaßnahmen zu rechnen. Diese Maßnahmen erfordern einerseits ein besseres Management und andererseits neue Finanzierungsmodelle, speziell für Energieinvestitionen."

"Die Einrichtung von Investitionsfonds (Ökofonds) ist eine notwendige Maßnahme, um Energieeinsparung gezielt zu forcieren und die schlechte Finanzsituation zu überwinden."

"Die Kameralistik stellt auch im kirchlichen Bereich ein erhebliches Investitionshindernis dar."

Die Umsetzung des persönlichen Engagements bleibt sehr oft hinter den potentiellen Möglichkeiten zurück aufgrund folgender Defizite / Hemmnisse:

"Es bestehen erhebliche Informationslücken und mangelnde Transparenz in den Verwaltungsabläufen, sowie eine vermutete Kompetenzüberschreitung."

"Die Unkenntnis über den tatsächlichen Energieverbrauch in der Gemeinde oder im Kirchenkreis verhindert entsprechende Einsparaktivitäten."

"Es fehlt im Bereich Energienutzung ein geeignetes Betriebsmanagement und Controlling."

Diese genannten Thesen stellten den Ausgangspunkt für die weitergehende Formulierung eines Gesprächsleitfadens und eines Auswertungsschemas dar.

1.3 Akteure und Handlungsebenen

Die verschiedenen Handlungsebenen der Evangelischen Kirche in Deutschland können im wesentlichen in fünf Ebenen strukturiert werden. Neben diesen fünf Entscheidungsebenen gibt es eine Vielzahl regional unterschiedlicher Besonderheiten bei der Entscheidungsfindung, die hier nicht im einzelnen abgebildet werden können.

Die fünf Handlungsebenen sind:

- die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als Dachverband der 24 Landeskirchen,
- die Landeskirche selbst,
- die verschiedenen Kirchenkreise innerhalb den Landeskirchen,
- und die innerhalb der Kirchenkreise zusammengeschlossenen Gemeinden.

Unabhängig von diesen "innerkirchlichen" Strukturen ist als größter eigenständig organisierter kirchlicher Verein

- das Diakonische Werk

als wichtige Handlungsebene in der Gruppe der kirchlichen Vereine und Organisationen zu nennen.

Innerhalb der genannten Grobstrukturen sind verschiedene Gremien und Funktionsträger in Entscheidungen miteinbezogen. Die für die Entscheidungsfindung wichtigsten Aspekte sollen im folgenden für die verschiedenen Ebenen beschrieben werden.

1.3.1 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist der Zusammenschluß der 24 rechtlich selbständigen Landeskirchen. Die Geschäftsstelle der EKD ist in Hannover. Die drei wichtigsten Entscheidungsgremien innerhalb der EKD sind die Synode der EKD, die Kirchenkonferenz und der Rat der EKD.¹ Die innerhalb der EKD gefaßten Beschlüsse haben zwar Richtlinienkompetenz, verbindlichen Character haben sie aber nur, wenn alle Gliedkirchen einstimmig beschliessen.

¹ Im Anhang sind die Zusammensetzung der Gremien, deren Aufgaben und Organisation dargestellt.

1.3.2 Die Landeskirchen

Die Landeskirchen lassen sich in die drei Gliedkirchen untergliedern:

- die lutherische Kirche (10 Landeskirchen),
- die unierte Kirche (12 Landeskirchen),
- die reformierte Kirche (2 Landeskirchen).

Während die lutherischen Landeskirchen zentralistischer organisiert sind, liegt die Entscheidungsbefugnis in den unierten Landeskirchen auf Gemeindeebene (dezentrale Struktur). Dieses Unterscheidungsmerkmal ist bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in Bezug auf Finanzierung und Durchführung bedeutend.

Innerhalb der Landeskirchen gibt es verschiedene Akteure, die bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen gegebenenfalls beteiligt sind. Im folgenden werden die wichtigsten benannt.

Die Umweltbeauftragten

In den letzten Jahren wurden in den meisten Landeskirchen Stellen für landeskirchliche Umweltbeauftragte geschaffen. Das Aufgabenfeld der Umweltbeauftragten umfaßt alle Themen der Ökologie, z.B. Fragen der Müllvermeidung, der Energieeinsparung, der Kompostierung auf Friedhöfen, der Flächenentsiegelung, der Dachbegrünung, der Regenwassernutzung etc.. Von den vielfältigen Aufgaben der Umweltbeauftragten können hier nur beispielhaft einige genannt werden: Beratung, Veranstaltung von Tagungen, Projekte initiieren, Betreuung von Projekten, Koordination von Aktivitäten, gelungene Beispiele bekannt machen, Verwaltung von Fonds, Vergabe von Fördergeldern, Überzeugungsarbeit innerhalb kirchlicher Entscheidungsgremien, etc.. Die Tätigkeit der Umweltbeauftragten ist zwar sehr umfangreich und vielfältig, eine direkte Entscheidungsbefugnis z.B. bei konkreten Bauvorhaben oder gar ein Vetorecht besitzen sie aber nicht.

Die landeskirchlichen Bauämter

In allen Landeskirchen gibt es eigene Bauämter. Die Bauämter betreuen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen in den jeweiligen Landeskirchen. Sie müssen dazu von der Gemeinde beauftragt werden. Das Bauamt hat in der Regel beratende Funktion.

Die Aufgabengebiete der Bauämter können wie folgt umschrieben werden:

- beratende Tätigkeit in der Planungsphase,
- Einholen von Angeboten und kritische Begutachtung der Angebote,
- Verhandlungen mit den Firmen,
- Baubetreuung.

Die Bauämter müssen nicht zwingend in kirchliche Bauvorhaben eingebunden werden. Aufträge von Gemeinden können, falls eigene personelle Kapazitäten auf Gemeindeebene vorhanden sind, intern oder von externen Fachleuten, die einen entsprechenden Auftrag von der Gemeinde erteilt bekommen, bearbeitet werden.

Die Bauämter der einzelnen Landeskirchen sind wiederum sehr unterschiedlich strukturiert. In den unierten Landeskirchen gibt es neben dem landeskirchlichen Bauamt auf Kirchenkreisebene eigene Bauabteilungen. Diese Bauabteilungen beraten die Gemeinden in ihrem Kirchenkreis. Größere Bauvorhaben müssen vom landeskirchlichen Bauamt als "übergeordnete" oder "vorgesetzte" Ebene genehmigt werden.

In der lutherischen Landeskirche erfolgt die Beratung der Gemeinde zentral von dem Sitz des landeskirchlichen Bauamtes aus. Die Mitarbeiter beraten entweder themenbezogen oder gebietsbezogen, d.h. das Gebiet der Landeskirche ist auf die Mitarbeiter aufgeteilt.

Die Bauämter beraten in allen bautechnischen Fragen wie Architektur, Denkmalschutz, Technik, Kunst etc..

Die Bauämter sind in der Regel nicht in die Struktur und Entscheidungshierarchie der Landeskirchen eingebunden. Die Bauämter übernehmen innerhalb der Kirchenleitung beratende Funktion und sind in der Regel nicht stimmberechtigt. Sie verfügen über ein bestimmtes Budget, das sie nach eigenen Prioritäten ausgeben können.

Die Arbeitssituation der Bauämter kann wie folgt charakterisiert werden:

- der zu betreuende Gebäudebestand ist in der Regel sehr hoch;
- das Aufgabengebiet ist sehr umfangreich. Es umfaßt architektonische, technische, künstlerische und denkmalschützerische Aspekte;
- ein großer Teil der Mitarbeiter sind Architekten, Bauingenieure, ...
- die Bauämter beauftragen in der Regel Vertragsfirmen. Vertragsfirmen, mit denen gute Erfahrungen gemacht werden, werden meist über lange Jahre in kirchliche Bauprojekte einbezogen. Dies schafft zum einen ein gutes Vertrauensverhältnis kann aber auf der anderen Seite auch Innovation blockieren.
- die Bauämter haben beratende Funktion. Die Realisierung der Maßnahmen obliegt den selbstständigen Gemeinden. Diese Entscheidungen können abweichend von den Empfehlungen des Bauamtes getroffen werden, was ggf. Auswirkungen auf die Motivation der Mitarbeiter haben kann.

1.3.3 Die Kirchenkreise

Innerhalb der Landeskirchen sind die Gemeinden in Kirchenkreisen oder Sprengeln zusammengefaßt. Diese Kirchenkreise bilden eigene Organisationseinheiten innerhalb der Landeskirche. Sie haben eigene Verwaltungen, die für die Gemeinden täglich anfallende Verwaltungsarbeiten erledigen. So sind die Verwaltungen beauftragt u.a. finanztechnische Arbeiten wie das Überweisen von Rechnungen (Strom, Gas, Öl) zu erledigen. Damit wird den Gemeinden zum einen verwaltungstechnische Arbeit abgenommen zum anderen aber auch eine Kontrollmöglichkeit über die Entwicklung des Energieverbrauchs und der -kosten genommen. Eigene Bauabteilungen betreuen die Sanierungs- und Baumaßnahmen innerhalb des Kirchenkreises.

1.3.4 Die Gemeinden

Die Gemeinden sind (insbesondere) in den unierten Landeskirchen sehr eigenständig. Die Finanzhoheit und die Entscheidungsbefugnis über ihre eigenen Aktivitäten (z.B. im Baubereich) liegen bei den Gemeinden. Die landeskirchlichen Vorgaben haben in der Mehrzahl empfehlenden Charakter. Sie sind dann zwar verbindlich, aber nicht verpflichtend.

In den lutherischen Landeskirchen haben die Gemeinden geringere Befugnisse. Die Finanzhoheit liegt auf Kirchenkreis- oder Landeskirchenebene. Entscheidungen in Bezug auf Baufragen werden in Absprache mit den Gemeinden auf übergeordneter Ebene getroffen.

Das Entscheidungsgremium auf Gemeindeebene ist das Presbyterium. Die Pfarrer haben aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit innerhalb der Gemeinde eine besondere Position. Nur bei Bedarf werden Institutionen auf Kirchenkreis- oder Landesebene zur Beratung hinzugezogen.

1.3.5 Kirchliche Vereine / Organisationen

Neben der EKD und den Landeskirchen gibt es in der Bundesrepublik eine Vielzahl kirchlicher oder der evang. Kirche nahestehende Vereine. Diese Organisationen sind in der Regel rechtlich eigenständig organisiert (e.V., GmbH). Sie werden teilweise finanziell von den Landeskirchen oder der EKD unterstützt oder erbringen insbesondere soziale Dienstleistungen, die in Rechnung gestellt werden. Als größte und bedeutenste kirchliche Organisation neben der EKD und den Landeskirchen sind die Diakonischen Einrichtungen zu nennen.

Innerhalb dieser Arbeit konzentrieren sich die Betrachtungen auf die diakonischen Einrichtungen als die größte und bedeutenste kirchliche Organisation. Sich einen Überblick über die Aktivitäten aller kirchlichen Organisationen in Sachen Energieeinsparung / Klimaschutz zu verschaffen, ist aufgrund der Vielzahl und Eigenständigkeit der Organisationen nahezu unmöglich und speziell innerhalb dieser Arbeit nicht leistbar.

1.4 Kirche und Klima

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat als eine der großen Weltkirchen das globale Problem der fortschreitenden Umweltzerstörung erkannt und thematisiert.

Innerhalb des "Konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" wurden Themen wie Zerstörung der Ozonschicht, - der Regenwälder, Klimakatastrophe, Artensterben etc. diskutiert. Der hohe Energieverbrauch in den industrialisierten Ländern wurde als das zentrale Umweltproblem erkannt. Die weitere Nutzung der Atomenergie wird "aufgrund ihrer sozialen, technischen, ökologischen und militärischen Risiken" als Grundlage der künftigen Energieversorgung abgelehnt. In zahlreichen Erklärungen auf nationaler und internationaler Ebene wird die Bewahrung der Schöpfung als ein Ziel neben Gerechtigkeit und Frieden genannt, das es mit allen Mitteln zu erreichen gilt. Diese Aufgabe wird sowohl als Forderung an alle

gesellschaftlichen Gruppen (Politik, Wirtschaft etc.) formuliert, als auch als Selbstverpflichtung für die Kirche und für die Christen in der Welt verstanden. Die EKD, als eine Kirche in einem der reichsten Länder der Welt, sieht ihre eigene Verantwortung (Schuld) bei der Bewältigung der Probleme. In den Erklärungen von Stuttgart, Dresden, Basel und Seoul wird die Absicht bekundet, den Energieverbrauch innerhalb der Kirchen zu reduzieren, /1/ /2/ /3/ /4/.

Die Kirchen wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie wollen damit zum einen den Politikern den Entscheidungsprozeß erleichtern und zum anderen will die Kirche ihrer besonderen Rolle und Verantwortung für Gottes Schöpfung gerecht werden. Diese Selbstverpflichtungen sind allgemeingültig formuliert, ohne daß konkrete Zielvorgaben genannt werden. In der Erklärung von Basel wird eine Halbierung des Energieverbrauchs in den Industrieländern als Perspektive für die Kirche in Anlehnung an die Ziele des Brundtland-Berichtes erwogen:

"Laut dem Brundtland-Bericht besteht technisch die Möglichkeit, den Pro-Kopf-Energieverbrauch in den Industrieländern um 50 % zu senken und entsprechend den Verbrauch der Dritten Welt um 30 % anzuheben (Schätzwert nach voraussichtlichem Bevölkerungswachstum). Dadurch würde der weltweite Energieverbrauch absolut nur unwesentlich erhöht. Dies ist die einzige weltweite Energieperspektive, die Bewahrung der Schöpfung und Gerechtigkeit verbindet. Diese Perspektive sollte von den Christen in den Industrienationen ernsthaft erwogen werden, zumal der Brundtland-Bericht die Öffentlichkeit gegenüber den ökologischen Fragen beträchtlich sensibilisiert und auch in wissenschaftlichen Kreisen große Beachtung gefunden hat." /3/.

Diese Formulierung impliziert eine Reduktion des kirchlichen Energieverbrauches um 50 % als Ziel, dem man sich als Kirche verpflichtet fühlt. In der öffentlichen Diskussion nach Basel wurde diese Formulierung als selbstverpflichtende Zielvorgabe verstanden.

Die Kirche hat mit der anhaltenden innerkirchlichen Diskussion und der Verabschiedung der Dokumente auf nationaler und internationaler Ebene zum einen das Problem als solches und zum anderen ihre besondere Rolle und Verantwortung gegenüber der Schöpfung und der Bewältigung der Probleme erkannt.

Sie muß sich damit an ihrem eigenen Anspruch und ihrem konkreten Handeln in Sachen Energieeinsparung messen lassen. Sie steht mit den Erklärungen von Basel und Seoul auch gegenüber den anderen Weltkirchen, insbesondere denen der sogenannten Dritten Welt, in der Pflicht.

2 Ergebnis der Interviews: Hemmnisse

Insgesamt waren die Gesprächspartner/innen sehr kooperativ und aufgeschlossen, obwohl einige sich zunächst aufgrund des im Vorhinein versandten Fragebogens inhaltlich "nicht zuständig" fühlten. Dieser Vorbehalt konnte im Laufe der Gespräche ausgeräumt werden. Er macht jedoch auch auf ein kirchenspezifisches Dilemma aufmerksam.

Die Reaktionen wie "Wir haben garnichts mit Energie zu tun", "Da müssen sie sich mit anderen Leuten unterhalten, das kommt bei uns nicht vor" oder "Ehrenwert, daß sich die Kirche überhaupt mit dem Thema beschäftigt" deuten auf andere Prioritäten hin. Die Prioritäten in der Kirche liegen grundsätzlich nicht bei Umweltschutzthemen, obwohl in den Gesprächen auch das Leitthema "Bewahrung der Schöpfung" als Motto immer wieder genannt wurde und Synodalbeschlüsse zur ökologischen Verantwortung aufrufen (Gunzenhausen 1989, s. a. Kap. 1.5 /5/). Dies offenbart eine weitere, häufig anzutreffende Diskrepanz zwischen postulierten Leitwerten und dem täglichen Tun in der Praxis der Verwaltungen.

"Wie kriege ich das Thema Energiesparen auf die Tagesordnung ?", war eine oft formulierte Frage und Gegenstand des Bemühens der Umweltbeauftragten in den Landeskirchen. Ähnliches zeigte sich in den Einrichtungen bzw. bei den Spitzenverbänden der Diakonie: "Es wird Personal abgebaut, die Dienste können nicht mehr erbracht werden, die Pflege ist nicht mehr sichergestellt und da kommen sie mit Energieinvestitionen: völlig falscher Zeitpunkt !" "Für den Umwelt- oder Energiebereich bekommen wir keine Stellen finanziert".

Eine andere Sichtweise ist bei den Bauamtsleitern anzutreffen: Hier gehört das Energiethema naturgemäß zum Alltag. Widersprüchlich sind allerdings die Angaben über die vorzeitige Einbindung in der Planungsphase und den Umfang energiesparender Maßnahmen "Lieber ein mittleres Level und dafür breitenwirksam, als Beststandard in einigen Gebäuden." Aufgrund der Vielzahl der zu betreuenden Gebäude ist aber in allen befragten Landeskirchen eine starke personelle Überlastung zu konstatieren und eine damit verbundene reaktive Rolle. D.h. die Bauämter "warten" auf die Anfragen der Gemeinden und können diese nicht offensiv beraten. Sind die Gemeinden selbst nicht aufgeschlossen gegenüber Einsparmaßnahmen und neuen Technologien, haben die Bauämter keine Handhabe initiativ zu werden. Ein Steuerungsinstrument ist bisher allein die Vergabe möglicher Fördergelder bzw. Darlehen, die an die Einhaltung technischer Standards gebunden sein kann (Beispiel Ökofonds Rheinland mit Brennwerttechnik).

2.1 Die verschiedenen Umsetzungsebenen

In den folgenden Kapiteln werden die Hemmnisse, die in den Gesprächen geäußert wurden, beschrieben. Sie können unterteilt werden in

- finanzielle Hemmnisse (Kapitel 2.2),
- strukturell organisatorische Hemmnisse (Kapitel 2.3),
- individuell nutzerorientierte Hemmnisse (Kapitel 2.4) und
- sonstige Hemmnisse (Kapitel 2.5).

Im Anhang sind Kurzprotokolle der Interviews enthalten. Die Protokolle wurden mit den Gesprächsteilnehmern im Nachlauf der Gespräche inhaltlich abgestimmt, so daß Anregungen und Anmerkungen von Seiten der Gesprächsteilnehmer noch mit aufgenommen werden konnten. Die Interviews sind anonymisiert und nach Reihenfolge der Gesprächstermine nummeriert. In den folgenden Kapiteln sind in den einzelnen Abschnitten Ergebnisse aus den Interviews aufgenommen. Diese Ergebnisse sind unter Angabe der Interviewnummer (/I-..) kursiv dargestellt. Es handelt sich hierbei z.T. um persönliche Zitate und zusammenfassende Ergebnisse aus den schriftlichen Protokollen.

2.2 Aspekte der Finanzierung

Finanzielle Aspekte spielen bei der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen eine wesentliche Rolle. In den Interviews wurden verschiedene Aspekte genannt, die im Bereich der Finanzen zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Investitionen führen. Sie werden im folgenden beschrieben.

• Geldmangel

Das Kirchensteuersystem ist dadurch, daß die Kirchensteuer als Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer erhoben wird, von der Konjunktur, den Beschäftigungsquoten und der Steuerpolitik abhängig. Durch die Konjunkturschwäche und vor allem durch die hohen Ausgleichszahlungen in die östlichen Landeskirchen wird in den meisten Landeskirchen und kirchlichen Einrichtungen über Einsparmaßnahmen diskutiert. Teilweise werden drastische Kürzungen vorgenommen. Andererseits liegt der Anteil der Kirchensteuer an den kirchlichen Finanzhaushalten meistens 'nur' zwischen 50 und 60 %, so daß eine gewisse Unabhängigkeit in diesem Punkt gegeben ist /6/.

Vor diesem Hintergrund wird Geldmangel auch nicht durchgängig als Hemmnis genannt. Die Bauämter und die Diakonien klagen über akute Finanznot und enormen Kostendruck. In den Gemeinden sieht die Lage anders aus: dort scheint die Finanzierung von Energiesparmaßnahmen nicht ein Problem des nicht vorhandenen Geldes zu sein sondern eher ein Problem der Organisation *"Kirchengemeinden, die Energieeinsparung machen wollen, finden auch finanzielle Wege."* /I-17/.

Geldmangel im Bereich der Bauämter

Nach Aussagen der Interviewpartner aus dem Bereich der Bauämter wird das jährlich zur Verfügung stehende **Budget zur Sanierung des Gebäudebestandes** als **nicht ausreichend** bewertet. Die Instandhaltung von Gebäuden hat erste Priorität. Allein mit diesen Aufgaben sind die Bauämter oftmals schon so beschäftigt (und ggf. überfordert), so daß Fragen der ökologischen und energiegerechten Sanierung in den Hintergrund treten.

Auch innerhalb der Kirche hat in den sechziger und siebziger Jahre eine verstärkte Bautätigkeit stattgefunden. Diese Gebäude stehen jetzt nach und nach zur Sanierung an (Behebung der Bausünden der sechziger und siebziger Jahre, Betonsanierungen, etc.). Eine teilweise falsche Prioritätensetzung bei den Sanierungen führte in den letzten Jahren zu falschen Entscheidungen, so wurde beispielsweise in einer Landeskirche seit dem Krieg schon die dritte Kirchaumrenovierung durchgeführt aber die Bausubstanz der übrigen Gebäude insgesamt vernachlässigt.

Ein weiteres Hemmnis ist der hohe Anteil denkmalgeschützter Häuser am Gesamtbestand kirchlicher Gebäude. Dies kann im Falle der Sanierung zu überproportional hohen Kosten führen.

Geldmangel im Bereich der Diakonien

Die diakonischen Einrichtungen stehen durch die Umstrukturierungen im Gesundheitswesen unter **enormem Kostendruck**. Die Pflegesätze werden gekürzt bzw. nicht der allgemeinen Kostensteigerung angepaßt, sodaß dadurch ein realer Zwang zur Einsparung entsteht. Dies führt dazu, daß insbesondere der Personalbestand weiter abgebaut wird und die Patienten schlechter betreut werden (Einsatz von Medikamenten statt personeller Betreuung /1-2/). Unter diesen Umständen strategisch Energieeinsparmaßnahmen durchzuführen, scheint nur schwer durchsetzbar bzw. für den einzelnen technischen Leiter oder der technischen Abteilung einer Einrichtung auch aufgrund des hohen täglichen Arbeitsdruckes kaum möglich.

Zusätzlich zu diesen Problemen stellt das duale Finanzierungssystem im Gesundheitswesen ein wesentliches Hemmnis bei der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen dar.

Geldmangel im Bereich der Gemeinden

Fehlende finanzielle Mittel werden auf Gemeindeebene in der Regel nicht als Grund für nicht getätigte Investitionen im Bereich Energieeinsparung genannt. Die Gemeinden finden oftmals eigene Finanzierungswege. Sie sind Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts und damit insbesondere auch über die kircheneigenen Banken kreditfähig bzw. -würdig.

• Duales Finanzierungssystem

Finanzierungsprobleme treten dann auf, wenn **Investitions- und Betriebskostenhaushalt getrennt** sind. In den lutherischen Landeskirchen ist es auf Kirchenkreisebene beispielsweise so, daß die Investitionen die Gemeinden selber finanzieren müssen. Die Betriebskosten werden auf Kirchenkreis- bzw. Sprengelbene geführt, d.h. für die in dem Kirchenkreis / Sprengel zusammengeschlossenen Gemeinden gibt es einen gemeinsamen Haushaltsposten aus denen die Betriebskosten aller Gemeinden bezahlt werden. Dies führt dazu, daß durch eine Investition in eine besonders energiesparende Technik (z.B. Energiesparlampe, Brennwertkessel) die im Objekt gesunkenen Energiekosten dem gemeinsamen Haushalt aller Gemeinden gutgeschrieben werden. Die Gemeinde

kann somit ihre höhere Investition nicht aus den gesunkenen Betriebskosten refinanzieren. Aus Sicht der Gemeinde kann die Investition in die Energiespartetechnik somit nicht wirtschaftlich dargestellt werden, da sie allein mit höheren Investitionen verbunden ist. Der Betriebskostenhaushalt im Kirchenkreis wird zwar insgesamt entlastet, dies kommt aber allen Gemeinden gleichermaßen zu Gute. Oftmals unterbleiben aus diesen Gründen Investitionen in ökologisch sinnvolle Techniken.

Der Begriff des dualen Finanzierungssystems ist aus dem Gesundheitswesen bekannt. In Krankenhäusern werden Investitionen von den Trägern getätigt und die Betriebskosten werden von den Krankenkassen über die Pflegesätze getragen. Für den Investor besteht kein Anreiz in Energiespartetechniken zu investieren, da er die Betriebskosten nicht zu tragen hat, sondern in vollem Umfang über die Pflegesätze an die Krankenkassen weitergeben kann. Dieses Problem trifft im Bereich der Kirche - neben dem oben erwähnten - auch insbesondere im Bereich der diakonischen Einrichtungen auf: *"Krankenhaus (Betriebskosten) wird über Pflegekostenpauschale finanziert (Deckelbetrag), Problem für Investitionskosten, die die laufenden Ausgaben minimieren würden." /1-2/* *"Diakonie: doppelte Finanzierung, Investitionen vom Träger, Betriebskosten über Krankenkassen." /1-17/.*

- **Finanzierungsprogramme kirchlicher Banken**

Bei den kirchlichen Banken hat das Thema Energie und Klima derzeit keine besondere Bedeutung. Es werden keine besonderen Konditionen und Programme zur Finanzierung von Energiespartetechniken angeboten.² Grundsätzlich besteht aber die Möglichkeit der Einrichtung von Energiespardarlehen, *"Wenn jemand an uns herantritt und entsprechende Einlagen macht, würden wir auch besondere Energiespardarlehen einrichten. Weitere Voraussetzung ist eine ausreichende Abnehmerzahl." /1-12/.*

- **Finanzierung in den östlichen Landeskirchen**

In den neuen Bundesländern bestehen derzeit eine Vielzahl von öffentlichen Förderprogrammen, die auch von den Gemeinden / Kirchenkreisen oder Landeskirchen in Anspruch genommen werden können. Konkrete Vorgaben oder Standards sind an diese Gelder jedoch in der Regel nicht geknüpft. Die Fördermittel werden abgerufen und investiert ohne z.B. im Vorfeld eine energetische Konzeption für die Gebäude erstellt zu haben. **So wird in der Regel das umgesetzt, was 'im Trend' ohnehin passiert**, d.h. beispielweise Heizungsumstellung von Braunkohle auf Öl oder Gas. Fördermittel müssen auch oftmals kurzfristig abgerufen werden, so daß Wahlmöglichkeiten eingeschränkt sind. Zusätzlich zu diesen öffentlichen Geldern fließen derzeit sehr viele Gelder von den westlichen in die östlichen Landeskirchen, mit denen auf Gemeinde oder Kirchenkreisebene Partnerschaften vereinbart wurden.

² Die Evang. Kreditgenossenschaft Kassel (EKK) bietet einen Öko-Fonds an, der aber ein Aktienanlagefonds für die Privatkunden der EKK ist.

Finanzierungsprobleme bestehen also in den östlichen Landeskirchen in der Regel nicht. Problematisch ist einerseits der hohe Sanierungsbedarf und andererseits die Tatsache, daß mit der Vergabe der Gelder keine Standards verknüpft sind.

2.3 Strukturell organisatorische Hemmnisse

Trotz der verbalen kirchenpolitischen Zielsetzungen haben **Umweltthemen und Energieeinsparung** in der täglichen Arbeit - auch im Baubereich - **keine Priorität**. Sehr wichtige zeit- und geldaufwendige Arbeitsfelder sind hier einerseits der Denkmalschutz und andererseits die Sanierung zahlreicher Betonbauten aus den sechziger und siebziger Jahren.

Es fehlen auf verschiedenen Ebenen **Arbeitskreise und Informationsnetzwerke**, bei denen man sich unverbindlich informieren kann. Der Zugang zu externen Fördertöpfen (z.B. Landesprogramme) ist auf Gemeindeebene eher unbekannt. Die Gemeindeebene ist die wichtigste Handlungsebene für wirkungsvolle Maßnahmen im Energieeinsparbereich, aber auch strategisch am schwierigsten zu erreichen.

Die energiebezogene Öffentlichkeitsarbeit ist nur ansatzweise vorhanden, manchmal auch unerwünscht oder oft unprofessionell und nicht strukturell verankert. **Über erfolgreiche kirchliche Projekte wird nicht ausreichend und detailliert genug berichtet**. Obwohl externe Kooperationspartner erwünscht sind, werden diese nicht gezielt angesprochen.

In der Regel sind die **Energieverbräuche und -kosten nicht bekannt**. Oftmals ist es auch nicht möglich aus den Kirchenverwaltungen Angaben zu den Energieverbräuchen einzelner Objekte zu erhalten, da Gebäude zusammengefaßt oder beispielsweise Energie- und Wasserverbräuche auf eine Kostenstelle verbucht werden. Dadurch können einerseits absolute Verbräuche nicht ermittelt und Verbrauchsschwankungen aufgrund defekter Anlagen, verstellter Regelungseinrichtungen oder anderer Nutzungsgewohnheiten nicht entdeckt werden. Den Verantwortlichen ist die Höhe der Energiekosten als ein wichtiger Kostenfaktor und möglicher Ansatzpunkt zur Entlastung des Gemeindehaushalts oft nicht bekannt.

Die **Finanzausschüsse als wichtigste Entscheidungsinstanz** sind häufig von Juristen dominiert, die **Umweltthemen oftmals keinen Vorrang** geben und entsprechende Investitionen nur vorsichtig unterstützen. Ausschließlich strukturell bedingte Hemmnisse in bezug auf Energiesparmaßnahmen wurden nicht benannt, sodaß die Hypothese über das Hemmnis komplexer Entscheidungsstrukturen innerhalb der Kirche nicht bestätigt werden konnte.

2.4 Individuelle nutzerorientierte Hemmnisse

Einige der sehr engagierten Gesprächspartner beklagen den **Verlust von Glaubwürdigkeit bezüglich Energieeinsparung** bei der Kirche, die damit auch ihre eigene Motivation wiederum ein Stück infrage stellt. Die Kirche sollte nach ihrer Einschätzung sehr viel offensiver mit guten Vorzeigeprojekten vorgehen, auch Standards und Verordnungen einführen. Kirchenpolitische Vorgaben im Sinne von Denkschriften werden dabei als wenig hilfreich angesehen. Kirche sei zu reaktiv und "um Jahre zurück". Die Entscheidungsgremien seien zu konventionell ausgerichtet, von Juristen und Finanzleuten dominiert, die wenig innovativ und zu stark den rein wirtschaftlichen Prinzipien verhaftet seien.

In allen Interviews zeigte sich - trotz Aufbau von Arbeitskreisen und vorhandenen Kontakten mit externen Einrichtungen - eine gewisse **Vereinzelung der engagierten Leute**.

Von Verwaltungsmitarbeitern wird als Hemmnis das **individuelle Verhalten der Pfarrer** gesehen, wenn diese sich nicht in Energiefragen engagieren bzw. kein Interesse an neuen Technologien haben. Dies wird auch als Begründung für Vorbehalte gegen Niedrigenergiehausstandards für Pfarrhäuser angegeben. Als zweites Hemmnis wird die Fluktuation bei den Pfarrstellen genannt.

Von allen GesprächsteilnehmerInnen ist die **Notwendigkeit konkreter Informationen** über erfolgreiche und wirtschaftlich tragfähige Projekte betont worden. Sehr unterschiedlich einzuschätzen ist der individuelle Ausgangsstand von Informationen, wobei im technischen Bereich große Erwartungen in das Bauhandbuch der Bauamtsleiterkonferenz gelegt werden. Es ist andererseits zu beobachten, daß externe (kostenlose) Informationsangebote, z.B. von Stadtwerken oder Kommunen von den Kirchengemeindemitgliedern zu wenig wahrgenommen werden, so die Erfahrung einzelner Umweltbeauftragter. Informationsprobleme bestehen oftmals im Detail umgesetzter oder geplanter Maßnahmen. Oft werden Fehler bei der handwerklichen Ausführung erst in der Anwendung deutlich, es gibt (noch) keine Checklisten. Als wünschenswert wird die Zusammenstellung einer Liste mit Kontaktadressen umgesetzter Projekte aus allen Bereichen, nichtkirchlicher Fördermöglichkeiten und geeigneter Ingenieurbüros genannt.

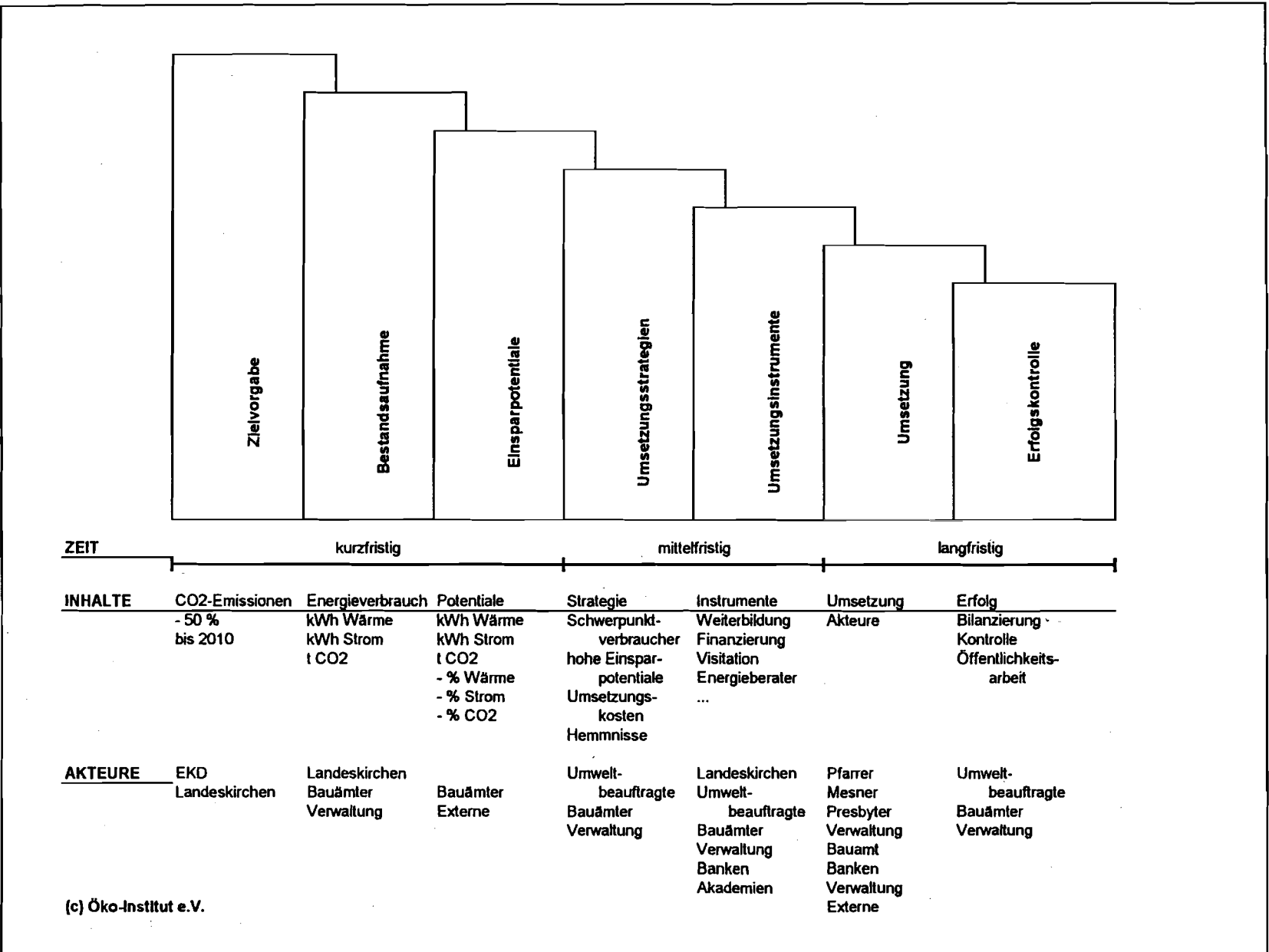
3 Vorschläge und Aktivitäten zum Klimaschutz

In Kapitel 3.1 wird eine Strategie entworfen die sich am Leitziel Klimaschutz orientiert. Sie basiert auf der derzeitigen Ist-Situation innerhalb der Kirche, wurde aber im ersten Schritt unabhängig von ihrer Durchsetzbarkeit und den bestehenden im vorangehenden Kapitel 2 beschriebenen Hemmnissen entworfen. In Kapitel 3.2 werden die Vorschläge, die in den Interviews von den Gesprächspartnern zur Überwindung der Hemmnisse gemacht wurden, akteursbezogen (EKD, Landeskirchen, Gemeinden, Diakonie und Finanzen) dargestellt. In Kapitel 3.3 werden die einzelnen Schritte, die idealtypischerweise innerhalb der Kirche durchgeführt werden müßten, mit den unterbreiteten und diskutierten und in Kapitel 3.2 dargestellten Vorschlägen verglichen. Daraus können die verschiedenen Handlungsoptionen bewertet und bezüglich ihrer Durchsetzbarkeit innerhalb der Kirche eingeordnet werden.

3.1 Übersicht idealtypischer Handlungsebenen und Aktivitäten

Aktivitäten in Sachen Klimaschutz bedürfen einer abgestimmten Strategie, um möglichst zielgerichtet und effektiv zu sein. In folgender Abbildung ist eine Strategie zum Klimaschutz entworfen, wie sie idealtypischerweise aussehen könnte. Sie beruht im wesentlichen auf sieben einzelnen Schritten, innerhalb deren die verschiedenen Akteure in der evang. Kirche verschiedene Aufgaben übernehmen müßten (in der Abbildung keine Zuordnung). Es erfolgt eine zeitliche Einordnung der Handlungsschritte. Diese Strategie ist insofern idealtypisch, daß sie zwar auf die Möglichkeiten, die innerhalb der evang. Kirche grundsätzlich bestehen, abgestimmt ist. Sie berücksichtigt aber nicht die derzeitigen Umsetzungsbedingungen bzw. Hemmnisse und ist somit nicht auf die Durchsetzbarkeit überprüft. Diese Prüfung und Bewertung findet in Kapitel 3.3. statt.

Abb. 1: Vorschlag für eine "idealtypische" Klimaschutzstrategie innerhalb der evang. Kirche in Deutschland



Im folgenden werden die einzelnen in der Abbildung genannten Umsetzungsschritte kurz erläutert.

Zielvorgabe

Die Kirche hat sich ein **verbindliches** Ziel in Sachen Klimaschutz noch nicht gesetzt. Es gibt verschiedene synodale Beschlüsse auf EKD-, Landeskirchen- und Kirchenkreisebene, diese sind aber in der Regel **unverbindlich** formuliert, d.h. Reduktionsziele und Zeitvorgaben fehlen. Die Kirche steht damit hinter den politischen Zielvorgaben der Bundesregierung zurück. Dies steht im Gegensatz zu den vielfältigen Bemühungen einzelner Personen und Gruppen innerhalb der Kirche, dem insgesamt innerhalb der Kirche vorzufindenden hohen Problemembewußtsein und dem eigenen theologischen Anspruch.

Die EKD sollte konkrete energiepolitische Vorgaben formulieren. Dazu gehören zum einen klare **Reduktionsziele** und zum anderen klare **Fristen**. Sie kann sich dabei an den Beschlüssen der Bundesregierung³, an den weitergehenden des Klimabündnisses⁴ und an den eigenen Erklärungen orientieren. Das im Klimabündnis formulierte Ziel entspricht dem im Dokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung Frieden und Gerechtigkeit in Basel 1989 formulierten Ziel. In diesem verabschiedeten Dokument wird der Brundtland-Bericht zitiert, der eine Halbierung des Energieverbrauchs in den Industrieländern für technisch machbar hält. Diese Zielvorgabe wird dort als Perspektive für die Kirche *erwogen*. Im Brundtland-Bericht wird jedoch - im Gegensatz zum Klimabündnis - keine zeitliche Vorgabe gemacht, so daß eine Formulierung "- 50 % CO₂ bis 2010" für die evang. Kirche eine klare Definition und eine Verbesserung gegenüber Basel darstellen würde.

Ziel der Vorgaben ist es im Bereich der EKD, die in Basel und Seoul eingegangenen Selbstverpflichtungen (Absichtserklärungen) in Sachen Energieeinsparung und Reduktion der Kohlendioxidemissionen konkret umzusetzen. Diese Umsetzung muß sich sowohl sichtbar für die anderen Weltkirchen in nationalen Bestimmungen als auch für die innerhalb der EKD zusammengeschlossenen Landeskirchen äußern. Zusätzlich müssen, da die entscheidenden Gremien bei der Umsetzung innerhalb der verschiedenen Landeskirchen anzutreffen sind, die Landeskirchen selbst klimapolitische Zielvorgaben treffen. Damit diese Zielvorgabe verbindlichen Charakter erlangt, bedarf es der Zustimmung aller Gliedkirchen. Die Zustimmung der Gliedkirchen sollte kein größeres Problem darstellen, weil ein großer Teil der Landeskirchen synodale Beschlüsse zum Thema Bewahrung der Schöpfung (insbesondere Energieeinsparung / Klima bewahren) formuliert haben. Die Zielvorgaben sollten langfristig ausgerichtet sein. Sie könnten umgehend formuliert werden.

³ Beschluß der Bundesregierung: Reduktion der CO₂-Emissionen um 25 % bis zum Jahr 2005, Halbierung bis 2020, Zieloption bis 2050: minus 80 % (Basisjahr 1990).

⁴ Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre: Die dem Klimabündnis beigetretenen Kommunen verpflichten sich, neben dem Verzicht auf Tropenholz, dem Verzicht auf Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) und der Kooperation mit den Völkern der Regenwälder ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2010 um 50 % zu reduzieren.

Bestandserhebung

Um strategisch vorgehen zu können, muß die **Ausgangsbasis ermittelt** werden. Dies bedeutet für den Bereich Klima / Energie, daß eine Bestandserhebung über den Gebäudebestand und den Zustand der Gebäude durchgeführt werden muß. Sowohl anlagen- als auch gebäudespezifische Daten sollten gesammelt werden. Beispiel für einen Erhebungsfragebogen könnte der innerhalb des Projektes entwickelte Fragebogen sein. Mittels des Energiekennzahlverfahrens können die unterschiedlichen Gebäude bezüglich ihres energietechnischen Zustandes (Wärme und Strom) eingeordnet werden.⁵

Umfassende Erhebungen innerhalb der Kirche gibt es derzeit nur vereinzelt. Zu nennen sind insbesondere die Stromverbrauchserhebung der bremischen Landeskirche, die Berechnungen zum Heizenergieverbrauch in der Landeskirche Berlin / Brandenburg und eine Berechnung über den Energieverbrauch in der Landeskirche Württemberg aus dem Jahre 1987. In der Landeskirche Braunschweig wurde ein externes Büro mit der Erfassung des Energieverbrauchs eines Kirchenkreises beauftragt. In anderen Landeskirchen, Kirchenkreisen und Gemeinden werden derzeit schon die ersten Schritte zur Ermittlung des derzeitigen Energieverbrauchs gemacht. Diese Ansätze müßten verstärkt und kirchenweit durchgeführt werden. Dies kann kurzfristig in Gang gebracht werden. Dazu müßten die Umweltbeauftragten mit den Kirchenverwaltungen und Bauämtern zusammenarbeiten. Um Widerständen bei den zu beteiligenden Personen zu vorzubeugen, sollte auf die klimapolitischen Zielvorgaben hingewiesen werden.

Einsparpotentiale

Auf Grundlage der erfaßten Daten können die möglichen (**technisch-wirtschaftlich umsetzbaren**) **Einsparpotentiale** in einer ersten groben Abschätzung ermittelt werden. Ziel ist es, erste Schwerpunktsetzungen für die Umsetzung erkennen zu können. Diese Berechnungen könnten von Seiten der Bauämter bzw. von externen Gutachtern durchgeführt werden. Dieser Schritt kann unmittelbar nach dem Abschluß der Bestandserhebung erfolgen.

Umsetzungsstrategien

Aus den Ergebnissen der Bestandserhebung und der Abschätzung der Einsparpotentiale kann eine **Umsetzungsstrategie entwickelt** werden. Sie muß sich an den Schwerpunktverbrauchern, an der Höhe der erschließbaren Einsparpotentiale, an den Sanierungszyklen und den Umsetzungskosten orientieren. Ein längerfristiger Investitionsplan könnte erstellt werden. Diese Vorgehensweise kann innerhalb einer Gemeinde, eines Kirchenkreises oder einer Landeskirche durchgeführt werden. Diese Umsetzungsstrategie ist zwischen der Kirchenleitung, den Verwaltungen, den Bauämtern, den Umweltbeauftragten, den Akademien und Vertretern der kirchlichen Banken zu diskutieren. Externe Berater sollten einbezogen werden.

⁵ Es könnte auf eine Vielzahl auf dem Markt angebotener EDV-gestützter Energiemanagement-Programme zurückgegriffen werden.

Umsetzungsinstrumente

Innerhalb der Umsetzungsstrategie müssen **Umsetzungsinstrumente genutzt** werden, auf die teilweise zurückgegriffen werden kann bzw. die neu entwickelt werden müssen. Diese Instrumente beziehen sich auf die Bereiche Definition von Standards, Weiterbildung, neue Finanzierungskonzepte, Neuanstellungen bzw. personelle Umschichtungen (neue Aufgabengebiete, Schwerpunktsetzung) und strukturelle Verbesserungen, etc.. Zur Entwicklung dieser Instrumente müßten die Fachleute innerhalb der Kirche zusammenarbeiten.

Umsetzung

Unter Anwendung der entwickelten Instrumente müßten **alle Akteure die Maßnahmen umsetzen**. Die Akteure sind innerhalb dieses Schrittes eine wesentlich breitere Gruppe von Personen, die sich vom Mesner über den Pfarrer, Presbyter, Verwaltung bis hin zu den Leitern kirchlicher Einrichtungen erstrecken. Die Umsetzung ist der zeitaufwendigste und arbeitsintensivste Schritt.

Erfolgskontrolle

Der letzte Schritt innerhalb einer Klimaschutzstrategie ist die Erfolgskontrolle. **Die erzielten Einsparungen müssen quantifiziert und mit den Zielvorgaben abgeglichen werden**. Um dies leisten zu können, müssen die Daten, die innerhalb der Bestandsaufnahme erhoben wurden, jedes Jahr fortgeschrieben werden. So kann eine Bilanzierung über den gesamten Zeitraum erfolgen, und eine zeitnahe Auswertung gewährleistet eine Kontrolle über die durchgeführten Maßnahmen.

3.2 Ergebnis der Interviews: Umsetzungsinstrumente

In den Gesprächen wurden die Interviewpartner explizit auch nach eigenen Vorschlägen gefragt, wie sie z.B. in ihrem eigenen Bereich Einsparungsmaßnahmen umsetzen würden, welche Ideen eventuell auch schon realisiert sind und welche Wünsche sie an das Projekt haben. Aus den dort jeweils genannten Maßnahmen sind die folgenden nach Handlungsebenen differenzierten Vorschläge zusammengestellt worden.

3.2.1 EKD

Auf der Ebene der EKD sahen die Gesprächspartner nur begrenzte konkrete Handlungsmöglichkeiten *"Die EKD ist eigentlich zu weit weg" //1-11/*. Die - genannten - Möglichkeiten umfassen einerseits eine (appellative) Initiative nach innen, die von den Landeskirchen getragen werden muß, sowie eine Verstärkung der Einsparbemühungen im eigenen Gebäudebestand, das Vorhalten von Serviceleistungen (z.B. Datenbanken), und andererseits eine energiepolitische Initiative nach außen.

Die Vorschläge sind im folgenden erläutert:

- Innerkirchlicher Aufruf und Konkretisierung eines Einsparziels,
- Energiemanagement im EKD-eigenen Gebäudebestand,
- Einrichtung bzw. Fortführung von Datenbanken (Statistik zu Gebäuden, Nutzungen und Flächen),
- Denkschrift zur Klimapolitik (Riofolgekonferenz, Kirchentag).

- **Formulierung eines Einsparziels für die Kirche**

Die kirchlichen Gremien haben in der Vergangenheit mehrere Denkschriften und Appelle zur **Selbstverpflichtung** in bezug auf Umweltschutz und Ressourcenschonung verfaßt (vgl. Kap. 1.5). Eine klare quantifizierbare Zielsetzung und zeitbezogene Aussage im Sinne einer Energieeinsparung oder Schadgasvermeidung fehlt allerdings bislang. Die Gesprächspartner weisen auf die wichtige Funktion eines solchen Einsparzieles als Unterstützung für bereits aktive Gemeindemitglieder und kirchliche Mitarbeiter hin *"Engagierte können sich darauf beziehen." //1-11/*. Die Funktionsträger innerhalb der EKD selbst sehen hier, bezogen auf kirchenpolitische Vorgaben, allerdings stärker die Landeskirchen gefragt *"Das macht auf EKD-Ebene keinen Sinn." //1-6/*. Man habe ja diesbezüglich keine Funktion gegenüber den Landeskirchen.

- **Energiemanagement im eigenen Gebäudebestand der EKD**

Die Maßnahme eines umfassenden **Energiemanagements** wird als Idee grundsätzlich positiv aufgenommen *"Die Gebäude werden auch schon energiesparend bewirtschaftet." //1-6/*. Programmatisch wird ihr jedoch keine große Bedeutung zugemessen, aufgrund des geringen

Gebäudebestandes der EKD (Hannover, Berlin und Ausland). Da sind nach Einschätzung der Gesprächspartner keine Effekte zu erwarten. Gleichwohl könnte die EKD mit ihren Anlagen ein weithin "sichtbares" Signal setzen - auch bei den Gebäuden im Ausland. Eine Notwendigkeit, dies auch umzusetzen, wird von den Gesprächspartnern jedoch nicht gesehen.

- **Einrichtung von Datenbanken und Statistik**

Eine traditionelle Aufgabe der EKD liegt u.a. in der Servicefunktion zu übergeordneten und verwaltungsbezogenen Fragestellungen für die Landeskirchen. Derzeit wird von der statistischen Abteilung der EKD eine Aktualisierung der Gebäude- und Nutzungsdaten auf der Basis einer **Datenerhebung** durch die Landeskirchen vorgenommen. Die hier - nahezu - bundesweit gewonnenen Daten könnten zum Aufbau eines kirchenintern zugänglichen Informationspools für Energiesparpotentiale (Gebäudetypisierung, Nutzungen) und Umsetzungsmöglichkeiten genutzt werden. Bislang wird diese potentielle Möglichkeit von der Zielgruppe noch nicht gesehen, da die jeweiligen Bauämter zunächst den eigenen Bestand sondieren müssen und die Aufnahme der Daten einen Zusatzaufwand darstellt.

- **Denkschrift zur Klimapolitik**

Derzeit wird von einer Arbeitsgruppe der EKD eine neue **Denkschrift zum Klimaschutz** verfaßt. Diese wird als wichtiges politisches Signal nach außen schon mit hohen Erwartungen wahrgenommen. Allerdings sind die Beteiligten selbst eher skeptisch was die Wirksamkeit einer solchen politisch abgewogenen Äußerung anbelangt "*Man sollte sich nicht zuviel davon versprechen.*" //1-14/.

Parallel dazu werden verschiedene Aktivitäten (Diskussionsrunden, Ausstellungen) in Richtung auf die Klimavertragsstaatenkonferenz in Berlin 1995 entwickelt, die allerdings dezentral bzw. von den Umweltbeauftragten wahrgenommen werden. Die EKD beteiligt sich damit "halbamtlich" an der Vorbereitung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), die ein alternatives Veranstaltungsprogramm für Berlin anbieten werden.

3.2.2 Landeskirchen

Den Landeskirchen kommen aufgrund ihrer großen Autonomie innerhalb der Evangelischen Kirche die größte Bedeutung bei der Vorbereitung von Energieeinsparmaßnahmen zu. Die Landeskirchen haben eine wichtige Funktion bei der Vorgabe von Standards (Pfarrhausrichtlinien), bei der Weitergabe von Informationen, Weiterbildung von Mitarbeitern und bei der Vergabe von Finanzmitteln. Im folgenden werden unter den Oberbegriffen, die die Hemmnisse klassifizieren, auch die genannten Lösungsvorschläge beschrieben.

Lösungen im Bereich der Informationsdefizite und des Weiterbildungsbedarfs

Informationsdefizite konnten auf allen Ebenen innerhalb der Kirche festgestellt werden. Alle Gesprächspartner bestätigten den hohen Informations- und Weiterbildungsbedarf.

Zum Abbau von Informationsdefiziten können dienen:

- Broschüren zu Einzelthemen,
 - regelmäßige Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen,
 - gezielte Informationsweitergabe zu Energiethemen während der Ausbildung der Pfarrer,
 - energiebezogene Informationsabfrage innerhalb der Visitation,
 - Aufbau bzw. Intensivierung von Arbeitskreisen / Netzwerken.
-
- **Erstellung von Broschüren**

Innerhalb der verschiedenen Landeskirchen gibt es schon eine Reihe von Broschüren und Rundbriefen, die den Zweck der regelmäßigen Informationsweitergabe zu Schwerpunktthemen erfüllen. Zu nennen sind beispielsweise die **Baufibel** /7/, der im März 94 erstmals erschienene **Umweltbrief** /8/ (beides Landeskirche in Bayern), die **Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch und Erde** /9/ vom kirchlichen Forschungsheim Wittenberg und das kirchliche Umweltmagazin **Forum** /10/ (Rheinische Landeskirche). Speziell gewünscht wurden im Bereich der Diakonien Informationen, die "*kurz, bündig und frei von Tendenzinformationen*" /1-1/ sind. Gerade im diakonischen Bereich müssen auch speziell Informationen zu Finanzierungskonzepten gegeben werden.

Auch das im Herbst erscheinende **Bauhandbuch** der Bauamtsleiterkonferenz /11/ stellt einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Wissenstandes dar. Es soll eine "*Entscheidungshilfe und Argumentationshilfe für Bauherren*" /1-18/ innerhalb der evang. Kirche sein. Es ist als Lose Blattsammlung gestaltet und zu aktuellen Themen sollen einzelne Kapitel bei Bedarf ergänzt werden. Das Bauhandbuch soll bundesweit vertrieben werden.

Speziell für die Bauamtsmitarbeiter und die Baupfleger wurden "*ökologische Briefe für Baupfleger*" angeregt /1-14/. Sie könnten vierteljährlich erscheinen, von der EKD in Auftrag gegeben und in Zusammenarbeit mit den Bauämtern verteilt werden. Hinweis zu entsprechenden Kapiteln des Bauhandbuches sollten enthalten sein. Die "*ökologischen Briefe für Baupfleger*" - so der Vorschlag - sollten von Externen erarbeitet werden.

Verschiedentlich hingewiesen wurde auf Bedarf zur **Information über die Nutzung** von Gebäuden, Geräten etc., beispielweise "*Informationsdefizite führen zu falschem Nutzerverhalten, Abhilfe: verstärkte Bewußtseinsbildung*", "*Ein falsches Verhalten der Gebäudenutzer widerspricht oft der Intention des Hauses*" /1-13/, "*Verbesserung der Technik ist die eine Sache - Verantwortlichkeit in der Nutzung eine andere*" /1-16/.

Ein weiteres Defizit ist die **Bewerbung von innerkirchlichen Förderprogrammen**, wie z.B. für die in vielen Landeskirchen bestehenden Sonderfinanzierungsprogramme für Energiesparmaßnahmen (Öko-Fonds, etc.). Die gezielte Bewerbung könnte kombiniert werden mit Hinweisen auf die kommunalen, landesweiten bzw. bundesweiten Fördermöglichkeiten. Bei den Hinweisen auf die Fördermöglichkeiten sind gleichzeitig schon durchgeführte Projekte vorzustellen. Dies ist insbesondere für den Erfahrungsaustausch für die Gemeinden wichtig, die kurz vor einer Sanierungsentscheidung stehen. Ansprechpartner sollten benannt werden, so daß Interessierte per

Telefon oder Besuch weitere Informationen einholen können, *"gute Beispiele sollten besser verkauft werden, in PR sind wir schwach besaitet"* /I-9/.

In Zeiten, in denen die Kirchensteuereinnahmen zurückgehen und auf allen Ebenen finanzielle Kürzungen vorgenommen werden, geht ein erkennbarer Trend dahin, bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen - und dies insbesondere im Bereich der Neuanschaffung von elektrischen Geräten und der wärmetechnischen Sanierung von Gebäuden (Heizung und Bausubstanz) - die Investitionskosten gering zu halten. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, die auch die Betriebskosten über die Lebenszeit der Anlage berücksichtigt, wird in der Regel nicht durchgeführt. Um diesem Trend entgegenzuwirken (niedrige Investitionskosten aber hohe Energie- und Betriebskosten) müssen unabhängige Informationen über die Wirtschaftlichkeit von Energiespartechniken gegeben werden, *"Umweltkonzepte müssen ökonomisch überzeugen und dürfen nicht politisch gefärbt sein."* /I-11/, *"Energiesparen lohnt sich: dafür brauchen wir Argumente"*, *"Wer jetzt kein Geld ausgibt, dem wird es später teuer zu stehen kommen"* /I-5/.

- **Regelmäßige Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen**

Die Ausrichtung der Aktivitäten zur Informationsweitergabe könnten zielgruppenbezogener erfolgen. In wenigen Bereichen bestehen schon feste Informationsnetze und gezielt eingerichtete Informationspools. Zu nennen sind die **Bauamtsleiterkonferenz** /I-18/, und andere Tagungen für die **Mitarbeiter der Bauämter** (*"Zwischen den Bauämtern auf EKD-Ebene findet ein zweimal pro Jahr stattfindender zweitägiger Austausch (Fortbildungsmaßnahmen, Vorträge, Besichtigung von Pilotprojekten) statt."* /I-13/).

Der Umweltbeauftragte der Landeskirche in Bayern hat im Sommer 1994 zum ersten Mal systematisch alle innerhalb der Landeskirche angestellten **Mesner** angeschrieben und zu einer Tagung, die speziell auf die Belange dieser Personengruppe ausgerichtet wurde, eingeladen /I2/. Er verbindet damit folgendes Ziel: *"Die Fortbildung der Mesner müßte institutionalisiert werden, d.h. sie müßte in einem Turnus von ca. 3 Jahren wiederholt werden. Es sollte gewährleistet sein, daß jeder Mesner innerhalb dieser 3 Jahre an einer Fortbildung teilnimmt."* /I-3/.

Dieses systematische Vorgehen im Bereich der Bauämter und die Ansätze in Bayern sollten verstärkt und auch auf andere Zielgruppen ausgeweitet werden. Insbesondere werden die Pfarrer genannt, die über die ohnehin stattfindenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erreicht werden könnten.

- **Gezielte Informationsweitergabe während der Ausbildung der Pfarrer**

Den **Pfarrern** kommt bei der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen durchzuführender Sanierungsmaßnahmen eine besondere Rolle zu. Die schon bestehenden Weiterbildungsveranstaltungen für Pfarrer sollten zur gezielte Informationsweitergabe genutzt werden. Zu nennen sind insbesondere die Schulungsmaßnahmen, die bei der Neuanstellung von Pfarrern durchgeführt werden, und die Lehrgänge, die die Pfarrer innerhalb ihrer ersten fünf Berufsjahren besuchen müssen, *"Mehr Umwelt- und Energiethemen sollten in die Fortbildung für Pfarrer (Fortbildung in den ersten fünf Jahren) aufgenommen werden."* /I-5/.

- **Informationsabfrage innerhalb der Visitation**

Eine weitere Möglichkeit, Gemeinden zur Energieeinsparung zu bewegen, bietet der **Visitationsfragebogen**. Innerhalb der Visitation werden die Tätigkeiten der Gemeinden abgefragt. Diese landeskirchenweite Erhebung sollte dazu genutzt werden, die Gemeinden nach ihren Aktivitäten im Bereich der Energieeinsparung zu befragen. Allein durch die Aufnahme der Frage in den Visitationsbogen wird den Gemeinden signalisiert, daß die Landeskirche der Energieeinsparung eine wesentliche Bedeutung beimißt und hier verstärkte Anstrengungen einfordert, *"Visitation der Gemeinden könnte genutzt werden, um Einsparmaßnahmen zu motivieren."* /1-5/, *"Ökologie als Visitationselement aufnehmen."* /1-17/.

- **Aufbau bzw. Intensivierung von Arbeitskreisen / Netzwerken**

Um die Teilnehmer der Tagungen, die schon heute von den Akademien angeboten werden, bei der Umsetzung der Maßnahmen in ihrer eigenen Einrichtung nicht 'allein' zu lassen, werden **Workshops** vorgeschlagen. Durch diese Workshops wäre eine gewisse Kontinuität und ein Anreiz geboten, tatsächliche Umsetzungsschritte durchzuführen, *"Informationsaustausch sollte initiiert werden. Einrichten von Arbeitskreisen, Werkstatt-Gesprächen und Workshops"*, *"Die Personen, die an den Tagungen teilnehmen, müßten bei der konkreten Umsetzung in ihrer Einrichtung weiterhin betreut werden (Arbeitskreise, Workshops)."* /1-1/.

3.2.3 Diakonie

Im Bereich der Diakonie wurden in den Gesprächen insbesondere drei Problemfelder angesprochen, für die folgende Lösungsvorschläge geäußert wurden:

- gezielte Informationen durch Informationsblätter, -netze, Tagungen, Workshops,
- stärkere Einbeziehung externer Berater,
- neue Finanzierungskonzepte,
- Mitarbeiter-Motivation.

- **Gezielte Informationen durch Informationsblätter, -netze, Tagungen, Workshops**

Derzeit werden erste konzeptionelle Überlegungen zur Weiterbildung durchgeführt. Vorgeschlagen werden u.a. beratende Arbeitskreise auf der Ebene der landesweiten Zusammenschlüsse der Diakonien. In anderen Bereichen wie beispielsweise der EDV-Betreuung wurden positive Erfahrungen mit diesen Beratungszirkeln gemacht. Dieses Modell könnte auf den Bereich der Energie übertragen werden. *"Beispiel EDV: Es existiert eine beratende Institution innerhalb des Landesverbandes, Hauptaufgabe: Beratung."* /1-1/ *"Checklisten für technische Einsparmöglichkeiten, Adressenlisten mit empfehlenswerten Büros."*

Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die bessere und weiterführende Betreuung der Personen, die auf Tagungen interessante Aspekte erfahren haben und in ihrem täglichen Arbeitsleben vor dem Problem stehen, die Umsetzung in ihrer eigenen Einrichtung in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck

könnten Workshops initiiert werden (siehe 3.2.2), die im Nachgang zu den Tagungen die konkreten Probleme bei der Umsetzung auf regelmäßig stattfindenden Sitzungen erörtern könnten. Die Organisation dieser Workshops könnte von den Akademien geleistet werden. Dies würde eine neue Anforderung an die Tagungsleiter der Akademien darstellen. *"Informationsaustausch sollte initiiert werden. Einrichten von Arbeitskreisen, Werkstatt-Gesprächen und Workshops." "Gut wäre eine Fortbildung für technische Leiter und Pflegepersonal, wobei jeweils Gesundheit und der hauswirtschaftliche Bereich ein Aufhänger sein sollten." "Technische Leiter sollten spezielle Energieinformationen erhalten." /I-16/.*

- **stärkere Einbeziehung externer Berater**

In Zukunft sollten mehr externe Berater einbezogen werden. Die Leistungen dieser fachlich versierten Berater müßte auf Honorarbasis vergütet werden, da für feste Stellen keine Mittel vorhanden sind. Dieser Vorschlag wurde zum einen mit der hohen Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen begründet und zum anderen mit mangelndem Know-How insbesondere im Bezug auf neue Energieeinspartechniken. Um dies durchsetzen zu können, muß herausgearbeitet werden, daß die Aufwendungen für diese externen Berater durch die erzielten Einsparungen wieder erwirtschaftet werden. *"Beratende Arbeitskreise (auch externe Experten) müssen eingerichtet werden." /I-1/.*

- **neue Finanzierungskonzepte**

Die Finanzierungsproblematik hat im Bereich der Diakonie zwei Aspekte:

- Es herrscht ein extremer Kostendruck *"Außerdem große Probleme mit Personalabbau aufgrund der schlechten Finanzsituation und da kommen Sie mit Energieinvestitionen, während andererseits die alten Leute mit Medikamenten ruhiggestellt werden, um Personal zu sparen." "Sie hätten vor fünf Jahren kommen müssen." /I-2/ "Grundproblem sind die knappen - bzw. nicht vorhandenen - Mittel der Diakonie." /I-16/.*
- Probleme des dualen Finanzierungssystems *"Krankenhaus (Betriebskosten) wird über Pflegekostenpauschale finanziert (Deckelbetrag), Problem für Investitionskosten, die die laufenden Ausgaben minimieren würden." /I-2/.*

Um die Probleme, die durch den hohen Kostendruck entstehen, abbauen zu können, wird vorgeschlagen, externe Fördermittel stärker zu nutzen und verstärkt privates Kapital einzusetzen. In der Diakonie Württemberg wird derzeit ein Projekt durchgeführt, in dem der Bau betreuter Altenwohnungen durch private Kapitalanleger finanziert wird. Die Übertragbarkeit und die Ergebnisse dieser Initiative sollten geprüft und ggf. verbreitet werden.

Auf das duale Finanzierungssystem⁶ wird in vielen Fällen durch die Gründung gesonderter Firmen reagiert. Die Abwicklung der notwendigen rechtlichen und organisatorischen Fragen könnten von den Dachverbänden der Diakonien so aufgearbeitet und verbreitet werden, daß die Einrichtungen, die im

⁶ In Kapitel 3.2.5 wird speziell auf dieses Problem näher eingegangen.

Rahmen von Sanierungsmaßnahmen mit ähnlichen Fragestellungen konfrontiert werden, auf das schon bestehende Know-How zurückgreifen können.

- **Mitarbeitermotivation**

In die Weiterbildungsmaßnahmen sollten auch die MitarbeiterInnen einbezogen werden. Von den MitarbeiterInnen gehen zum einen aufgrund ihrer Nähe zu den Problemen sehr viele Ideen und Initiativen aus, die genutzt und gefördert werden sollten. Zum anderen müssen im Bereich des Nutzerverhaltens Informationen weitergegeben werden, um die dort liegenden Potentiale mobilisieren zu können. *"Große Schwankungsbreite der Nebenkosten von 50 bis 350 DM für die gleiche Wohnungsgröße." "Engagement und Information muß bei den MitarbeiterInnen verankert werden. Identität mit der Arbeitsstelle entwickeln. Vorschläge müssen anwendbar sein, Mitarbeiter-Motivation muß auch glaubwürdig sein und auf Resonanz stoßen (z.B. Vorschläge umsetzen)." "Einrichtung von Informationskreisen für MitarbeiterInnen." /1-2/ "Verbesserung der Technik ist die eine Sache - Verantwortlichkeit in der Nutzung eine andere." /1-16/.*

3.2.4 Gemeinden

Die Gemeinden sind Hauptakteur bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen. Ihnen kommt damit eine wichtige Aufgabe bei der konkreten Projektvorbereitung, Planung und beim Anlagenbetrieb sowie der individuellen Gebäudenutzung zu. Die auf der Gemeindeebene genannten Vorschläge dagegen betrafen in erster Linie die Landkirchen, Kirchenkreise und z.T. auch die EKD.

Grundsätzlich werden auf der Gemeindeebene folgende Veränderungen gewünscht:

- mehr spezifische Energieberatung (Energiekonzepte, Einsparanalysen),
- allgemeine Energie- und Projektinformation,
- persönlicher Erfahrungsaustausch,
- flexible Finanzierungsmöglichkeiten,
- Anreiz zum Energiemanagement (Stromsparwettbewerbe).

- **Spezifische Energieberatung**

Im Vorfeld von Investitionsentscheidungen sollten für die infrage kommenden Einzelobjekte Energiesparkonzepte erstellt werden. Die Energiesparkonzepte enthalten Aussagen über die Einsparpotentiale und den Wärme- resp. Strombedarf, desweiteren können abgestufte Investitionsvorschläge für alternative Maßnahmen entwickelt werden, die den Gemeinden aufzeigen, mit welchem Einsatz welche Spareffekte erzielt werden. Hier können externe Beratungsbüros Angebote im Rahmen des derzeit noch laufenden Förderprogramms zur Energieberatung (Erstellung von Gebäudegutachten) vom Bundeswirtschaftsministerium machen.

- **Allgemeine Energie- und Projektinformation**

Neben der spezifischen - auf eine bestimmte Investitionsmaßnahme bezogenen - Einsparinformation werden generell mehr allgemeine Vorabinformationen zu Energiethemen bzw. zu erfolgreichen anderen Projekten aus dem kirchlichen Bereich gewünscht. Gleichzeitig sollten in den Gemeinden auch die Möglichkeiten einer externen Beratung über Verbraucherverbände und Beratungszentren bekannt gemacht werden. Hierzu können Listen dienen, die jeweils kurzfristig aktualisiert werden können.

- **Persönlicher Erfahrungsaustausch**

Insbesondere von engagierten Gemeindemitgliedern wurde angeregt, auf Kirchenkreisebene einen **Erfahrungsaustausch einzurichten**, wo alle Gemeinden mit ihren jeweiligen Projekten und Ergebnissen berichten können. Sehr gute Erfahrungen hat man bei der Umgestaltungsplanung eines Gemeindezentrums mit einem partizipativen Planungsverfahren in Hattingen-Welber gemacht. Hier wurde schon sehr frühzeitig auf Initiative der Gemeindemitglieder eine Diskussionsrunde über die zukünftig gewünschte Nutzung des Hauses eingerichtet. Diese bereitet die weiteren Schritte des Umbaus und der Gestaltung mit Pfarrerin, Gemeindemitgliedern, Mitarbeitern des Bauamtes und mit dem Architekten vor. Ebenfalls unterstützend kann eine Diskussionsrunde von Pfarrern unterschiedlicher Gemeinden sein, die sich jeweils ein Schwerpunktthema aus dem ökologischen Bereich als "Jahresaufgabe" der Gemeinde wählen (Beispiel Öko-Gemeinden Bremen) und Umsetzungsbedingungen gemeinsam verbessern können.

- **Finanzierungsmöglichkeiten**

In der konkreten Projektsituation suchen die Gemeinden z.T. nach "neuen" Finanzierungsinstrumenten und -lösungen. Als Körperschaften öffentlichen Rechts haben die Gemeinden im Prinzip jedoch keine Restriktionen bei der normalen Darlehensaufnahme für wirtschaftlich rentable Vorhaben. Grundsätzlich wünschenswert ist eine **flexiblere Handhabe mit internen Rücklagen** und die Möglichkeit der Nutzung sonstiger Einnahmen für die Investitionen im Energiebereich.

- **Anreize zum Energiemanagement**

Wie sich in verschiedenen Gemeinden z.B. in Bremen gezeigt hat, werden die vermuteten Verbrauchswerte (Strom) von den tatsächlichen Verbräuchen oft weit übertroffen. Dies verdeutlicht die dringende Notwendigkeit einer Verbrauchskontrolle und eines weitergehenden Energiemanagements. Ein Anreiz, um ein solches Management vor Ort anzuregen, könnte die Durchführung von **(Strom)-Sparwettbewerben** auf Kirchenkreisebene sein. Aufbauend auf den Ergebnissen und Informationen des Bauhandbuchs könnte ein Leitfaden zum Energiemanagement (Qualifikations- und Tätigkeitsprofil, Maßnahmenschritte) hilfreich sein.

3.2.5 Finanzwesen

In den Interviews wurden verschiedene Lösungsansätze für die Überwindung der finanziellen Hemmnisse formuliert, die im folgenden näher erläutert werden.

- Öko-Fonds / Sonderfinanzierungsprogramme,
 - Andere Finanzierungssysteme / Interne Darlehen,
 - Umgang mit Rücklagen,
 - Duales Finanzierungssystem.
-
- **Öko-Fonds / Sonderfinanzierungsprogramme**

Innerhalb der einzelnen Landeskirchen existieren eine Vielzahl von Sonderfinanzierungsprogrammen. In einigen Landeskirchen werden die Programme unter dem Begriff Öko-Fonds geführt in anderen als Haushaltstitel im Haushaltsplan ohne spezielle Bezeichnung. Im Anhang ist ein Vergleich der verschiedenen Energie- und Umweltfonds innerhalb der Gliedkirchen enthalten /13/. Die Existenz solcher Fonds / Sonderfinanzierungsprogrammen wurde von den Interviewpartnern sehr unterschiedlich beurteilt.

Die Befürworter argumentierten damit, daß

- finanzielle Anreize geschaffen werden müssen, um in Zeiten knapper werdender Finanzmittel Einsparinvestitionen überhaupt noch durchführen zu können, *"Anreize für Investitionsentscheidungen im Bereich von Energiesparmaßnahmen schaffen (Sonderfonds für Ökologie)" /1-1/*
- mit den Programmen auch Information, Beratung und ein 'aufmerksam machen' auf gewünschte Techniken verbunden ist, die sonst nicht vermittelt werden könnten, *"Bestehende Informationsdefizite in Gemeinden, Kirchenkreisen und diakon. Einrichtungen werden durch den Energieberater⁷ aufgefangen." /1-9/* und daß
- aufgrund der besonderen Rolle, die die Kirche beim Klimaschutz spielen sollte, auch besondere finanzielle Mittel bereitgestellt werden sollten und auch könnten *"Die Kirche weiß, welche Maßnahmen zu treffen sind, sie hat die Mittel, also soll sie es machen." /1-8/.*

Die Kritiker der Fonds argumentieren, daß

- zumindest in den unierten Landeskirchen eine Sonderfinanzierung über Fonds der Finanzierungsstruktur entgegen läuft, indem den Gemeinden bei der Verteilung der Kirchensteuer erst Gelder vorenthalten werden, die ihnen dann in Form des Fonds wieder zweckgebunden zurückgegeben werden, *"Man nimmt den Gemeinden Geld weg, was man ihnen über die Fonds wieder zurückgibt." /1-10/.*
- die Kirchengemeinden ohnehin über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um Maßnahmen die sie im Bereich der Ökologie durchführen wollen, auch finanzieren können, *"Wir haben keinen*

⁷ *"Der Fonds finanziert auch den Energieberater, der nicht angestellt, sondern nur auf Honorarbasis tätig ist." /1-9/*

Fonds, alles soll über die normalen Haushaltsmittel abgewickelt werden. Ökologische Erfordernisse sollten selbstverständlich sein, Extratöpfe lähmen die Eigeninitiative." /I-5/ und daß Gelder, die nicht in dem Verantwortungsbereich der Gemeinde liegen sondern 'anonymer' in einem Fonds verwaltet werden, leichtfertiger (verantwortungsloser) ausgegeben werden, "Nicht selbst 'verdientes' Geld wird leichtfertiger ausgegeben." /I-10/.

Ob eine Landeskirche oder ein Kirchenkreis spezielle Finanzierungsmodelle entwirft, muß im Einzelfall unter Abwägung der oben dargestellten Argumente entschieden werden. Mit der Einrichtung von Förderprogrammen wird die Aufmerksamkeit der Gemeinden und der potentiellen Investoren auf die ökologisch sinnvolle Variante der beabsichtigten Maßnahme / Investition gelenkt. Die Prämien und die Förderungen können den Anstoß für eine gewünschte Investition darstellen. Aus diesem Grund ist auch die Höhe der gewährten Förderung oft nicht das entscheidende sondern vielmehr die Prämie als solche (zusätzlicher Anreiz). Ein Förderprogramm sollte immer offensiv beworben werden und von einer themenspezifischen Informationskampagne begleitet werden. Die Programme innerhalb der Kirche sind teilweise in Form von zinslosen oder zinsgünstigen Darlehen oder als Zuschuß gestaltet. Es sollte daraufhingewiesen werden, daß Maßnahmen im Bereich der Energieeinsparung in vielen Fällen ohnehin die wirtschaftlichere Variante darstellt, so daß durch die gewährte Prämie in erster Linie ein **Informationseffekt** und Vorfinanzierungsaspekt erzielt wird, der dann zur ökologischeren und wirtschaftlicheren Entscheidungen führt.

Einen wichtigen Beitrag können Fonds dort leisten, wo das duale Finanzierungssystem Investitionsentscheidungen verhindert (s.u.).

In vielen Kommunen, Bundesländern und auch auf BRD-Ebene werden öffentliche Förderprogramme für Energiemaßnahmen angeboten. Die Bandbreite der Fördermaßnahmen erstreckt sich von der Förderung von Energiegutachten für Gebäude über Solaranlagen (thermisch und Photovoltaik) und Windkraftanlagen bishin zur Förderung von Brennwertkesseln. Diese Förderprogramme werden teilweise von den Gemeinden schon in Anspruch genommen. Bei den Gesprächen zeigte sich aber, daß ein **erheblicher Informationsbedarf über derzeit gewährte Förderprogramme** besteht und die Gemeinden in Zukunft diese Angebote stärker nutzen wollen, "In fünf Öko-Gemeinden wurden Energiegutachten (Heizungsbereich) in Zusammenarbeit mit den örtlichen Stadtwerken erarbeitet." "Andere Akteure (z.B. Energieversorgungsunternehmen, Stadtwerke, Fördermöglichkeiten) stärker einbeziehen und nutzen." /I-8/.

• **Andere Finanzierungssysteme / Interne Darlehen**

In einigen Gemeinden werden Finanzierungsmodelle diskutiert, die darauf abzielen, das Gemeindemitglieder der Gemeinde **interne Darlehen** zur Finanzierung eines Bauvorhabens gewähren, "Es gibt noch keine klaren Vorstellungen über Finanzierungsmöglichkeiten der sehr hohen Investitionskosten, dies wird als Problem gesehen - man hofft auf Fördermittel und 'neue' Finanzierungswege (interne Darlehen)." /I-11/.

Auf landeskirchlicher Ebene wird erwogen ein **freiwilliges Kirchgeld** zu erheben, "Das Einnahmeverhalten der LK soll verbessert werden, d.h. 'Einsparungen' durch Mehreinnahmen, Mehrerwirtschaftung. Vorschlag 'freiwilliges Kirchgeld'." /I-13/.

Die Durchsetzbarkeit solcher Lösung kann hier nicht beurteilt werden. Auf Grundlage der Erkenntnisse der Interviews erscheinen diese Überlegungen aber eher eine Ausnahme darzustellen, wobei die Vorschläge im Einzelfall sicherlich interessante Wege darstellen können.

- **Umgang mit Rücklagen**

Die Gemeinden verfügen teilweise über erhebliche finanzielle Rücklagen, die in der Regel zweckgebunden verwendet werden. Einige Kirchenkreise gehen dazu über, die **Rücklagen flexibel einzusetzen**. Es wird beispielsweise auf im voraus gezahlte Grabpflegegelder zurückgegriffen. Die entnommenen Gelder werden zu einem späteren Zeitpunkt wieder den Rücklagen zugeführt. Mit der Flexibilisierung des Rücklagenumgangs werden neue Möglichkeiten für die Finanzierung von Energieeinsparmaßnahmen eröffnet. Von Seiten der Finanzausschüsse innerhalb der Landeskirche sollten ggf. zu dem Thema 'Umgang mit Rücklagen' grundsätzliche Regelungen getroffen werden, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies umfaßt zum einen die grundsätzliche Nutzung der Bauunterhaltungsrücklagen für Energiesparmaßnahmen und zum zweiten die **Einrichtung eines neuen Rücklagentitels 'Energieeinsparung'**, der in den Verwaltungsordnungen der Landeskirchen verankert werden muß (siehe auch /6/). Grundsätzlich sind die Verwaltungsordnungen und die Haushaltsrichtlinien auf ökologische Leitlinien hin auszurichten. *"Die sich verschlechternde Finanzsituation wird dazu führen, daß auch Rücklagen angegriffen werden müssen um die Kirchensteuer-Einbußen abfedern zu können. Einzelne Kirchenkreise gehen voran und geben einen Teil ihrer Rücklagen für ökologische Maßnahmen aus." /1-5/ "Gemeinden können auch 'innere' Darlehen auf ihre jeweiligen Rücklagen in Anspruch nehmen." /1-10/ "Baugelderrücklagen nutzen." /1-15/, /1-17/.*

- **Duales Finanzierungssystem**

Zur Überwindung dieses Hemmnisses gibt es Lösungsmodelle, die in verschiedenen Krankenhäusern schon umgesetzt wurden. Eine Lösungsmöglichkeit besteht darin, daß eigene Gesellschaften (meist in Form von GmbHS) gegründet werden, die die Energieversorgung des Krankenhauses übernehmen. In der Landeskirche in Westfalen ist dieses Modell bei einem Krankenhaus in Versmold zur Anwendung gekommen. In diesem Krankenhaus wurde ein Blockheizkraftwerk installiert. In einem Krankenhaus in Ludwigsburg (Württembergische Landeskirche) wurde ein BHKW in Zusammenarbeit vom Krankenhausträger und Krankenkassen installiert. Diese Lösungsmöglichkeiten sollten insbesondere im Bereich der Diakonie weiter propagiert werden.

Auf Kirchenkreisebene in den lutherischen Landeskirchen sind andere Lösungskonzepte notwendig. Ziel sollte es sein, die Trennung zwischen den Investitions- und den Betriebskostenhaushalten zu überwinden bzw. Anreize zu schaffen, daß diese Trennung nicht dazu führt, daß ökologisch sinnvolle Investitionen unterbleiben. Ein Lösungsvorschlag könnte sein, daß den Gemeinden die Mehrkosten für die ökologisch sinnvolle Investition vorfinanziert werden *"Finanzierungssystem reformieren" /1-8/ "Das starre 'Töpfchendenken' muß überwunden werden." /1-10/ "Entkopplung der Finanzgemeinschaften." /1-18/.* Es sollte erwogen werden, in einem interessierten Kirchenkreis ein Modellprojekt zur Überwindung dieses Hemmnisses für eine bestimmte Zeit durchzuführen. Die

gemachten Erfahrungen sollten dokumentiert und anderen Kirchenkreisen zur Nachahmung empfohlen werden.

3.3 Weitergehende Vorschläge zum Klimaschutz

Neben den innerhalb der Interviews geäußerten Vorschlägen zur Durchführung von Energiesparmaßnahmen und zur Überwindung der Hemmnisse werden innerhalb verschiedener Gremien in den Landeskirchen Vorschläge zum Klimaschutz diskutiert, die im folgenden kurz dargestellt und stichwortartig erläutert werden.

Klimapfennig

Sonderabgabe auf Gemeindeebene entsprechend den jährlichen Verbräuchen, Festschreibung des Verwendungszwecks ausschließlich für energieeffiziente Technologien, Voraussetzung ist die Rückführung der Rechnungsabwicklung auf die Gemeinde (s.o.).

Einsparwettbewerbe

Durchführung von Einsparwettbewerben zur Motivierung nutzerbezogener Einsparpotentiale in den Gemeinden, anwendbar im wesentlichen im Strombereich (Einsatz von Meßgeräten, Überprüfung der jährlichen Stromabrechnung).

Innerkirchliche Energie- und Ökologieagentur

Einrichtung einer separaten Energiesparagentur in Anlehnung an die auf politischer Ebene bestehenden Agenturen der Landesregierungen, Aufgaben sind die Promotion und Einführung neuer (Einspar-)Technologien, die Kooperation mit externen Partnern (EVU, Firmen, Banken, Kommunen), die Information kirchlicher Mitarbeiter, Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Sammlung und Verbreitung von Materialien (Broschüren, Adresslisten, Checklisten), Qualitätssicherung und Energieberatung im allgemeinen Sinne /14/.

Energiebeauftragte

Fachberater auf Landeskirchen- und Gemeindeebene, Aufgabenfeld ist Energiemanagement, Verbrauchskontrolle, Durchführung von Projekten (Antragsstellung, Vorplanung, Umsetzungsbegleitung), Information und Kooperation mit Baureferenten und Umweltbeauftragten.

Diese weiterführenden Vorschläge werden derzeit diskutiert. Sie sind auf ihre Umsetzbarkeit in den gegebenen Strukturen zu überprüfen. Da ihr Einsatz nicht EKD-weit zu erwarten ist, wurden sie nicht als Elemente des in Kapitel 3.4.2 vorzuschlagenden Minimalkatalogs aufgenommen.

3.4 Bewertung und Einordnung der Vorschläge

3.4.1 Maßnahmenüberblick

Die folgende Übersicht zeigt die ausgewählten Aktionsfelder im Bereich Energie und Klimaschutz differenziert nach Initiatoren und ausführenden Institutionen.

Abb. 2: Matrix der Handlungsbereiche und Akteure

Handlungsbereiche	Akteure										
	EKD	Landeskirchen	Kirchenkreise	Gemeinden	Diakonie *)	kirchliche Banken	evang. Akademien	Kirchenverwaltungen	Bauämter	Umweltbeauftragte	Externe
Zielvorgaben / Richtlinien											
energiepolitische Zielvorgabe	X	X	O	O	O			O	O		
Pfarrhausrichtlinien		X	O	O				O	O	X	X
Baustandards	X	X/O	X/O	X/O	X/O				X/O	X	X
Information / Weiterbildung											
Broschüren	X/O	X/O					X/O	X/O	X/O	O	
Tagungen		X				X	O		O	X/O	X/O
Visitation		X/O								X/O	
Ausbildung		X/O							X/O	X/O	O
Weiterbildung in den ersten Jahren	X	X/O					X/O			X/O	
Arbeitskreise / Netzwerke		X/O	X/O	O	X/O				X/O	X/O	
Finanzierung											
Beratung	X	X/O				X/O	O		O	X/O	O
Öko-Fonds	X/O	X/O			X/O	X/O				O	
Umgang mit Rücklagen	X	X/O	X/O	X/O				O			
Klimapfennig		X/O	X/O	X/O				O		X/O	
jährlicher Haushalt		X/O	X/O	X/O	X/O					X	
Sonstige											
innerkirchliche Energieagentur	X/O	X/O									X
Bestandsaufnahme	X	X/O	X/O	X/O				O	O	X	
Energieberater / -beauftragte	X	X/O	X/O						O	X/O	O
Verbrauchskontrolle / Management			X/O	O	X/O						
Öffentlichkeitsarbeit	X	X/O	X/O	X/O	X/O					X/O	
Projektpräsentation		X/O	X/O	X/O	X/O					X/O	
Wettbewerbe		X/O	X/O				X/O			X/O	

matm-2

*) und andere kirchliche Vereine / Organisationen

X - Initiatoren / O - Ausführende

(c) Öko-Institut e.V.

3.4.2 Minimalkatalog

Die idealtypische Vorstellung einer geschlossenen einheitlichen Klimaschutzstrategie, die sich mit Konsequenzen bis auf die Ebene des Alltagsverhaltens einheitlich in der Kirche durchsetzen ließe, erscheint aufgrund der strukturellen Bedingungen nicht umsetzbar. Die Interviews gaben jedoch eine Vielzahl von Hinweisen auf gangbare Einzelschritte, die sich auch programmatisch wieder zusammenführen lassen, wenn die Mehrzahl der Landeskirchen sich an diesen Maßnahmen beteiligen würde. Im folgenden sind die wesentlichen Vorschläge und Ideen, die prioritär für umsetzbar gehalten werden, nochmals zusammengefaßt und eingeordnet.

1. Information und Weiterbildung

Auf Gemeindeebene muß energiebezogenes Know-How eingeführt und stärker verankert werden (Visitationsfragebogen, Bestandteil der Ausbildung, Verbrauchskontrolle, Energieberatung). Auf der Ebene der Anlagenbetreuer (Mesner, Pfarrer und Pfarrersfrauen) muß ein regelmäßiger Informationsaustausch eingerichtet werden (Beispiel LK Bayern).

Es sollte die Wahrnehmung einer kooperativen Weiterbildung (z.B. Service über das REN "Impulsprogramm Bau und Energie") in den jeweiligen Landeskirchen geprüft werden. Aufbauend zu energiebezogenen Tagungen sollen begleitende Workshops eingerichtet werden (Kapitel 3.2.3).

2. Standardsetzung

Trotz Skepsis bei den zuständigen Bauamtsleitern sollte auf Landeskirchenebene die Einführung bau- und heizungstechnischer Mindeststandards für Neubauten und bei Modernisierungen diskutiert und eingeführt werden. Gerade hier könnten die Kirchen eine wichtige Vorreiterfunktion übernehmen. Die Pfarrhausrichtlinien sollten auf Energiesparmaßnahmen hin novelliert werden.

3. Finanzierung und strukturelle Verbesserungen

Der Umgang mit den bestehenden Rücklagentiteln sollte flexibilisiert und eine Energiesparrücklage eingerichtet werden (Verankerung in den Verwaltungsordnungen der Landeskirchen). Die Rückführung der Energieabrechnung auf Gemeindeebene sollte gewährleistet werden.

4. Erfolgskontrolle einführen

In Ansätzen wurde - auch im Rahmen von Zuwendungen aus den Ökofonds - eine Auswertung von Erfahrungen bei der Umsetzung und erzielten Einsparungen bereits vorgenommen. Soll Klimaschutz strategisch und programmatisch mindestens vorbereitet werden, ist dies eine notwendige Grundvoraussetzung. Dies betrifft auch "kleine" Vorhaben auf der Gemeindeebene (Verbrauchskontrolle).

5. Zeichen setzen

Die Kirche sollte mit ihren eigenen Gebäuden Vorbild sein und neben Standardsetzung und Management auch Demonstrationsvorhaben durchführen. Diese sollten verstärkt beworben werden und im Ergebnis auch den anderen Gemeinden, Kreisen und Landeskirchen vorgestellt werden (Workshops, Präsentation). Die Öffentlichkeitsarbeit sollte professionalisiert werden.

Fazit:

Diese fünf Bausteine sind Eckpfeiler eines programmatischen Aktionskataloges zum Klimaschutz innerhalb der evang. Kirche in Deutschland. Wenn alle Landeskirchen diese Minimalbausteine in ihrem Bereich umsetzen würden, ließe sich dies kirchenweit zu einem Klimaschutzprogramm, das in die bestehende Struktur der EKD und der Landeskirchen eingebettet ist, zusammenführen.

4 Zusammenfassung

4.1 EKD

Entgegen unserer hypothetischen Einschätzung, daß ein wichtiger Ansatzpunkt auch auf der Ebene der EKD selbst liegen könnte, hat sich das Bild über die möglichen Instrumente und Handlungsspielräume der EKD und ihrer Zentralfunktion im Bereich Klimaschutz nach innen - also das Wirken in die Kirche hinein - relativiert.

Die Gesprächspartnerinnen verneinten zwar nicht, daß auch ein kirchenpolitischer Appell eine gewisse positive Wirkung auf die Handlungsmöglichkeiten vor Ort haben könnte, sie sahen hier jedoch weder eine mögliche Initialfunktion noch eine Motivationssteigerung von einzelnen Gemeinden oder Gruppen.

Als nahezu bedeutungslos wurde eine Initiative für den EKD-eigenen Gebäudebestand angesehen aufgrund der geringen Anzahl der Gebäude. Gleichsam ist die Verwaltung in einem architektonisch vorbildlichen Gebäude untergebracht, das auch energiebewußt errichtet und bewirtschaftet wird. Augenscheinlich ist man hier schon bereit, eine Vorbildfunktion wahrzunehmen.

Für den außerkirchlichen Bereich wird die Funktion der EKD anders gesehen. Es wird mit großem Interesse die Denkschrift des Rates zur Klimapolitik erwartet.

Desweiteren finden dezentral Vorbereitungen für die Riofolgekonferenz im Frühjahr 1995 in Berlin statt (z.B. Diakonie), diese Aktivitäten sollten ermuntert werden. Die Kirche könnte sehr praktisch gesehen auch eine verbraucherpolitische Position einnehmen, die z.B. über Tarifgestaltung und die Abnahme großer Kontingente von Einspartechnologien (z.B. Einsparlampen) auf die Anbieter einwirken könnte.

4.2 Landeskirchen

Entsprechend der föderalen Struktur nehmen die Landeskirchen eine sehr starke Rolle ein und somit auch eine politische und gestalterische Funktion im Umweltbereich wahr. Durch die Einrichtung der Umweltbeauftragten ist hier auch eine Stelle, die Know-how sammelt und verbreitet, geschaffen worden. Die strukturelle Unabhängigkeit der Umweltbeauftragten gibt die Chance, flexibel auf aktuelle Anforderungen zu reagieren. Dies sollte auch weiterhin verstärkt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu Energie- und Klimaschutzfragen genutzt werden.

Weiter entwickelt werden kann auch der Ausbau von informellen und institutionalisierten Netzwerken auf allen Ebenen. Die Landeskirchen haben die beste Möglichkeit, im Bereich der Information, Weiterbildung und Beratung jeweils Angebote zu entwickeln. Einerseits können sie sich mit (Fach-) Tagungen an die eigenen Baufachleute, Architekten und Bauherren wenden, andererseits kann die Nutzerseite über Seminare für Mesner aber auch über die Visitationen in den Gemeinden angesprochen werden. In den meisten Landeskirchen funktioniert der Kontakt zwischen den

Bauamtsleitern und den Umweltbeauftragten offensichtlich sehr gut. Dieser Kontakt könnte im Sinne verstärkter Maßnahmen zur Energieeinsparung genutzt werden, so z.B. mit der Ernennung von zuständigen Energieberatern oder der Abwicklung von Einspar-Wettbewerben (Stromsparen, s. Bremen). Einige der genannten Beispiele verdeutlichen die Wichtigkeit von regelmäßigen Verbrauchskontrollen und in einem weiteren Schritt auch ein überschaubares Energiemanagement. Hierzu könnten die Landeskirchen Empfehlungen aussprechen und organisatorische Hilfe auf Kirchenkreisebene anbieten.

4.3 Diakonie

Möglich sind ABM-Maßnahmen, externe Berater auf Honorarbasis (Stuttgart) oder befristete Projektstellen (Berlin). Es sollte herausgearbeitet werden, daß die Aufwendungen für diese externen Berater durch die erzielten Einsparungen wieder erwirtschaftet werden. Die Finanzsituation bei den kirchlichen Dienstleistungseinrichtungen ist offenbar alarmierend, setzt aber andererseits wenig neue Lösungsansätze frei (man könnte mit Einsparungsinvestitionen auch Geld "verdienen"). Innerhalb der diakonischen Landesverbände sollten beratende Institutionen geschaffen werden, die die Einrichtungen zu bestimmten Themen informieren, Erfahrungen aus anderen Einrichtungen weitergeben, Know-How vermitteln und die Umsetzung beratend begleiten (Ansätze im EDV-Bereich schon vorhanden). Die Umweltberatung müßte institutionalisiert werden. Über Sonderfonds für Ökologie könnten Anreize zur Energieeinsparung geschaffen werden. Privates Kapital könnte stärker genutzt werden. Die Zusammenarbeit mit den Akademien müßte intensiviert werden, d.h. neben den Tagungen könnten Workshops eingerichtet werden, in denen die Tagungsteilnehmer weiterhin an den Lösungen der Probleme arbeiten und Erfahrungen austauschen.

4.4 Gemeinden

Die meisten genannten Forderungen und Ideen aus dem Kreis gemeindlicher Akteure wenden sich in erster Linie an die Landeskirchen und partiell an die EKD. Bezogen auf neue finanzielle Strukturen wird jedoch beispielsweise auch ein Fördertopf auf Kirchenkreisebene vorgeschlagen, d.h. eine Stärkung dezentraler Strukturen angestrebt. Ebenfalls auf dieser Ebene sollte ein Informationsaustausch für interessierte Gemeindeglieder eingerichtet werden, der auch in Form von Arbeitsgruppen institutionalisiert werden kann. Gleichzeitig wird eine Förderung der Energieberatung gewünscht, wobei der Vorschlag gemacht wurde, auch kirchliche Praktikumsplätze für entsprechende Studienabsolventen in den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. In den Gemeinden wird auf die Notwendigkeit gezielter Einsparanalysen, insbesondere von großen Einrichtungen, hingewiesen. Ein konkretes Projekt wird derzeit für den Strombereich auf Kirchengemeindeebene in der Landeskirche Bremen durchgeführt. Von hier stammt auch die Anregung zur Umsetzung von Stromsparwettbewerben als Motivation, um sich über den tatsächlichen Verbrauch in der Gemeinde zu informieren. Ein erster Schritt zum Einsatz von Verbrauchskontrollen und Energiemanagement auf Gemeindeebene ist eine strukturelle Veränderung der finanztechnischen Abwicklung der Energierechnungen. Hier muß die Verantwortung auf die Gemeinden übertragen werden, um diese mit den tatsächlichen Kosten zu konfrontieren und Einsparbemühungen zu motivieren.

4.5 Finanzwesen

Im Finanzbereich ist die Einrichtung von Öko-Fonds bei gebotener Konstellation ein wichtiges Hilfsmittel zum Anreiz für innovative Projekte. Gleichzeitig haben Umweltbeauftragte in verschiedenen Landeskirchen Investitionsfonds initiiert, die je nach landeskirchlichem "Geschmack" Ökofonds, Energiesparfonds, Energiespar-Haushalt heißen. Die Abwicklung ist jeweils unterschiedlich, scheint aber den Gegebenheiten entsprechend angemessen und gut organisiert zu sein.

Grundsätzlich ist ein anderer Umgang mit Rücklagen bei Gemeinden und Kirchenkreisen möglich. D.h. es ist eine interne Umwidmung von Mitteln zu empfehlen, auch kann eine spezielle Rücklage für Klimaschutzmaßnahmen vorgenommen werden (s. z.B. Richtlinie der LK im Rheinland). Die Einführung eines jährlich flexiblen Haushaltes und eine mittel- bis langfristige Investitionsplanung würden Einsparmaßnahmen erleichtern und Klimaschutzinvestitionen wirtschaftlich nachvollziehbar machen. Dies gilt auch für die Rückführung der Verantwortlichkeit für Energierechnungen auf die Gemeindeebene (s.o.).

Eine Finanzberatung ist daher auch von den Gemeinden durchaus erwünscht. Die Anlagemöglichkeit in sog. Ethikfonds sollte vonseiten der Landeskirchen unterstützt werden, auch wenn die Renditen nicht die "übliche" Zinshöhe erreichen. Gleichzeitig kann mit den kirchlichen Banken über Sonderprogramme für regenerative Energieträger und Effizienz diskutiert werden. Hier muß die Initiative aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsordnungen und der notwendigen Absicherung von der jeweiligen Landeskirche ausgehen.

4.6 Programmempfehlung

Um pragmatisch in Sachen Klimaschutz innerhalb der evang. Kirche vorgehen zu können sollten EKD-weit fünf Minimalbausteine umgesetzt werden. Sie umfassen die Punkte

- Information,
- Standardsetzung,
- Finanzen,
- Erfolgskontrolle und
- Öffentlichkeitsarbeit (siehe Kapitel 3.3).

Die Gestaltung und die Umsetzung der Maßnahmen können in die bestehenden landeskirchlichen Strukturen integriert und damit EKD-weit zu einem Klimaschutzprogramm zusammengeführt werden.

5 Literaturverzeichnis

- /1/ EKD - Texte Nr. 27, Frieden in Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung, Texte der europäischen ökumenischen Versammlung Frieden in Gerechtigkeit, Basel Mai 1989, Stuttgart Oktober 1988, 1989.
- /2/ EKD - Texte Nr. 33, Die Kirche im konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Rückblick und Ausblick, eine Stellungnahme des Rates der EKD, 1990.
- /3/ EKD - Texte Nr. 38, Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, 1991.
- /4/ EKD - Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung, gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, 1985.
- /5/ Bayrische Landeskirche, Synodalbeschuß Gunzenhausen 1989, Botschaft der evang.-luth. Kirche in Bayern zur Bewahrung der Schöpfung, 1989.
- /6/ Die Kirche und ihr Geld, Vom Geld begeistert - vom Geist bewegt? Eine Handreichung für Presbyter und Presbyterinnen, Mitglieder von Kirchenvorständen und andere Interessierte. Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene, 1993.
- /7/ Baufibel, Kirchliche Baufibel, Herausgeber Umwelt-Referat im Landskirchenamt der Bayrischen Landeskirche, 1993.
- /8/ Bayrische Landeskirche, Der Umweltbrief - Informationen zur Umweltarbeit in der evang.-luth. Kirche in Bayern, Ausgabe 1/1994.
- /9/ Kirchliches Forschungsheim Wittenberg, Ökologische Bildungs- und Beratungsstelle der evang. Kirche, Friedrichstr. 1a, 06886 Lutherstadt Wittenberg (Hrsg.), Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Erde, Schwerpunktthema Energie, 14. Jahrgang Nr. 30, Dezember 1993, DIN A 4.
- /10/ Forum, Kirchliches Umweltmagazin, Nr. 42, August 94.
- /11/ Bauhandbuch der Bauamtsleiterkonferenz, Bauamt der Landeskirche Westfalen. Erscheint im Herbst 1994.
- /12/ Bayrische Landeskirche, Umweltbeauftragter der Bayrische Landeskirche und evang. Akademie Tutzing, Tagungsprogramm: Variationen in Grün - Ökologisch Orientierte Lebensstile, 1994.
- /13/ Rook, Britta, Vergleich der Energie- und Umweltfonds in den Gliedkirchen der EKD, 11.3.1994.
- /14/ Soller Ulrich, Konzeptionelle Überlegung zur Ressourcen- und Energieeinsparung im Bereich der Kirche, Diskussionsvorlage für Besprechung am 20.6.1994 in Stuttgart.

6 Anhang

Der Anhang wird in Kürze verschickt.



ÖKO-INSTITUT

Institut für Angewandte Ökologie e.V.
Institute for Applied Ecology
Institut d'Ecologie Appliquee

Perspektiven der CO₂-Reduktion im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland

"Energisch Energie Sparen"

- Ist-Analyse -

Freiburg im September 1994

Bearbeitung:

Dr. Wolfgang Roos

Dipl.-Ing. Gero Lücking

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 62 26

79038 Freiburg

Tel.: 07 61/47 30 31

Fax : 07 61/47 54 37

Email: 07 61/47 14 37

(bekomail.zer)

Büro Berlin

Friedrichstr. 165

10117 Berlin

Tel.: 0 30/2 29 13 93

Fax: 0 30/2 29 13 93

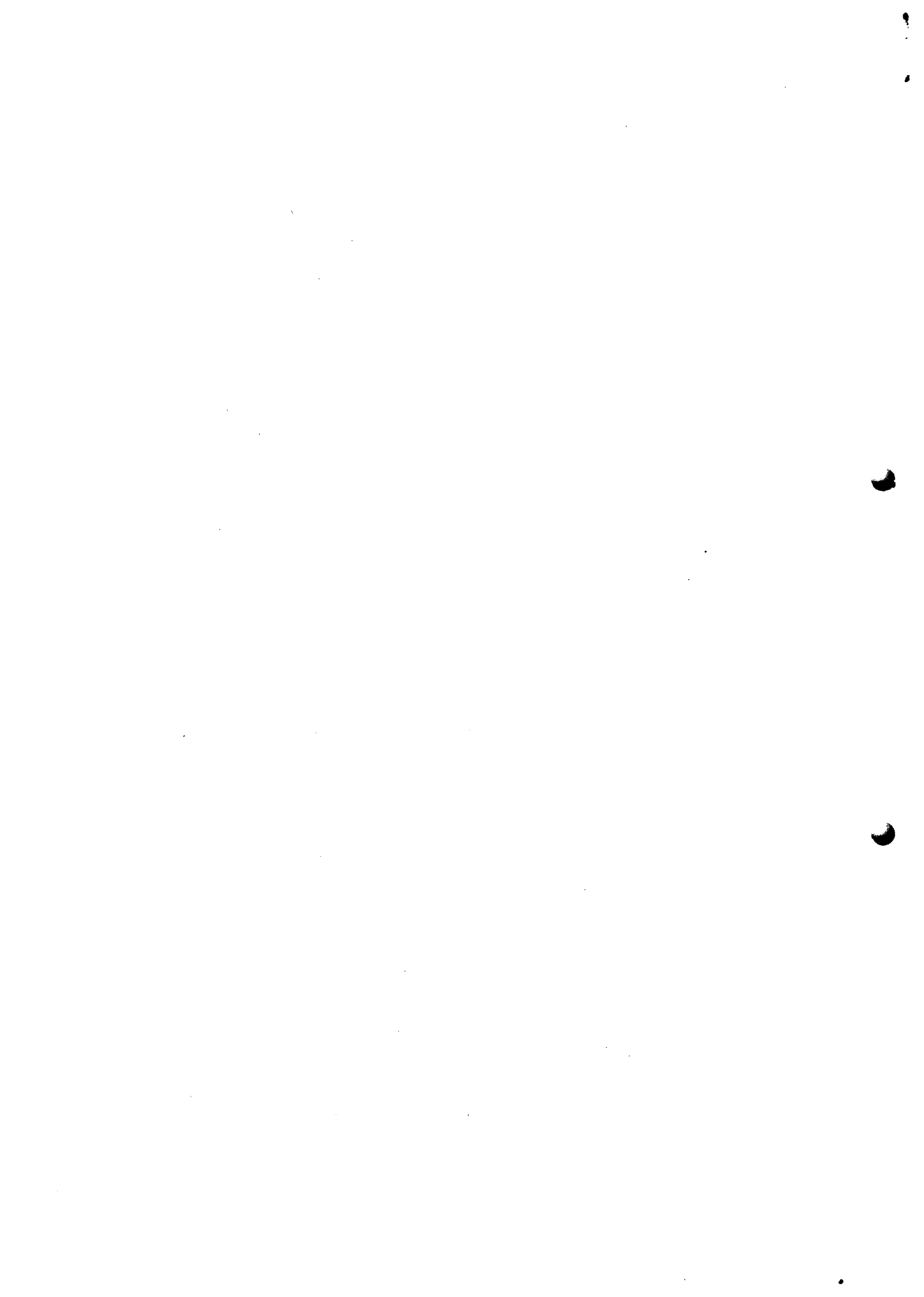
Büro Darmstadt

Bunsenstr. 14

64293 Darmstadt

Tel.: 0 61 51/81 91-0

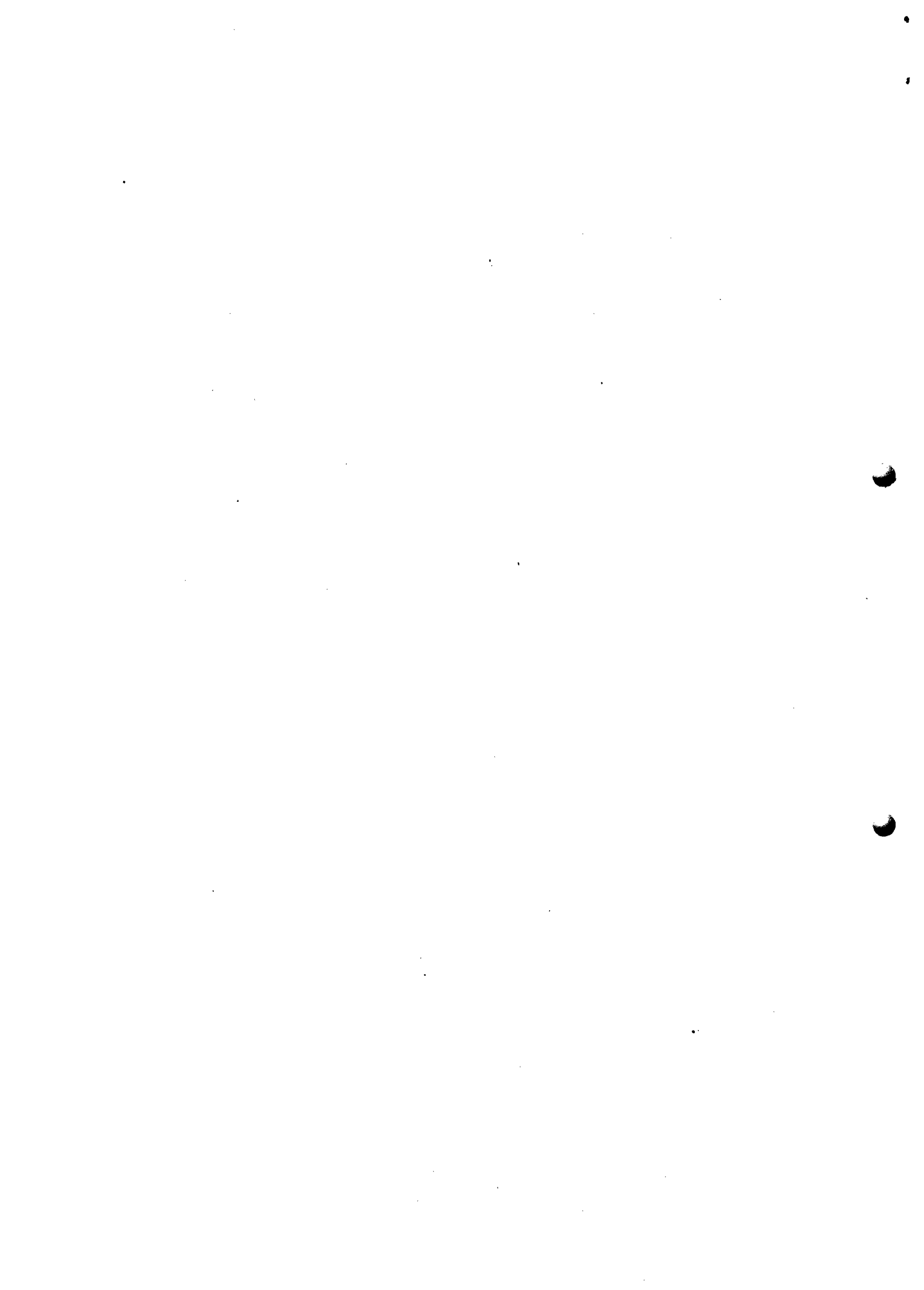
Fax : 0 61 51/81 91-33



INHALTSVERZEICHNIS

SEITE

1	Methodik	1
1.1	Vorbemerkung	1
1.2	Vorgehensweise	2
2	Gebäudebestand	3
2.1	Landeskirchen.....	3
2.2	Diakonie.....	5
3	Endenergieverbrauch Wärme	8
3.1	Landeskirchen.....	8
3.2	Diakonie.....	10
4	Elektrischer Energieverbrauch	12
4.1	Landeskirchen.....	12
4.2	Diakonie.....	14
5	Zusammenfassung Energieverbrauch	15
5.1	Summe Energieverbrauch.....	15
5.2	Energiekosten	17
6	Emissionen	18
7	Bewertung	19



1 Methodik

1.1 Vorbemerkung

Bei der Berechnung des derzeitigen Energieverbrauchs im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (incl. der diakonischen Einrichtungen) kann nicht auf vorhandene Verbrauchsaufzeichnungen zurückgegriffen werden. Angaben zu den derzeitigen Energieverbräuchen innerhalb der Landeskirchen oder auf Ebene der EKD liegen nicht vor.¹ Deshalb wird bei dieser Analyse über Angaben zum Gebäudebestand und spezifischen Kennwerten der Energieverbrauch im Bereich Wärme und Strom errechnet. Die in diesem Papier ausgewiesenen Zahlen spiegeln den **Bearbeitungsstand im September 1994** wieder. Im Laufe der weiteren Bearbeitung werden, insbesondere die Zahlen zum Gebäudebestand innerhalb der Landeskirchen durch die aktuellen Ergebnisse einer derzeit von der statistischen Abteilung der EKD durchgeführten Gebäudeerhebung aktualisiert und vervollständigt, so daß **die hier angegebenen Werte nur als vorläufige Ergebnisse** betrachtet werden können.

Die - hier verwendeten - statistischen Daten beziehen sich auf insgesamt 19 der 24 Landeskirchen. Von fünf Landeskirchen liegen keine Angaben zum Gebäudebestand vor. Von den betrachteten 19 Landeskirchen liegen aktuelle Statistiken (Stand 1993) aus sechs Landeskirchen vor (davon drei östliche LK). Die Angaben der übrigen (13) Landeskirchen stammen aus dem Jahr 1981 (Gebäudestatistik der EKD), siehe auch Kapitel 2.1.

Im Bereich der diakonischen Einrichtungen kann auf eine aktuelle Einrichtungsstatistik (Stand: 31.12.1991) zurückgegriffen werden.

¹ Für die Württembergische Landeskirche und die Landeskirche Berlin-Brandenburg existieren Abschätzungen / Hochrechnungen über den Energieverbrauch. Einzige Ausnahme stellt die Bremische Landeskirche dar, die im Jahr 1993 eine Stromverbrauchserhebung in ihren Gemeinden durchgeführt hat (siehe auch Kapitel 4.1).

1.2 Vorgehensweise

1.Schritt:

Gebäudestatistik Landeskirchen und diakonische Einrichtungen

2.Schritt:

Flächenkennzahlen nach Gebäudetyp

3.Schritt:

spezifische Energiekennwerte Wärme und Strom

4.Schritt:

Berechnung Endenergieverbrauch Wärme und Strom

5.Schritt:

Abgleich mit vorhandenen Verbrauchserhebungen bzw. -berechnungen

6.Schritt:

Emissionsbilanz

7.Schritt:

Darstellung und Diskussion der Ergebnisse

2 Gebäudebestand

2.1 Landeskirchen

- fünf Landeskirchen nicht erfaßt ²
- insgesamt 19 Landeskirchen statistisch erfaßt:

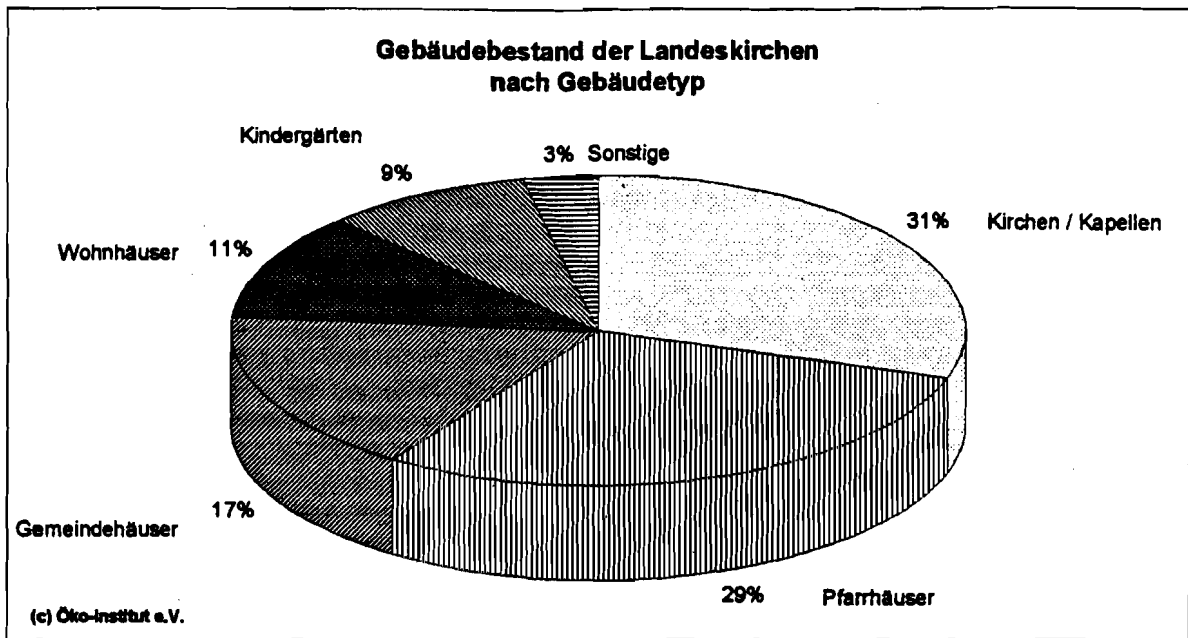
davon: 6 Landeskirchen mit aktuellen Zahlenangaben (3 östliche LK), Stand 1993
13 Landeskirchen: Gebäudestatistik 1981 ³

in den 19 Landeskirchen insgesamt: 58.247 Gebäude

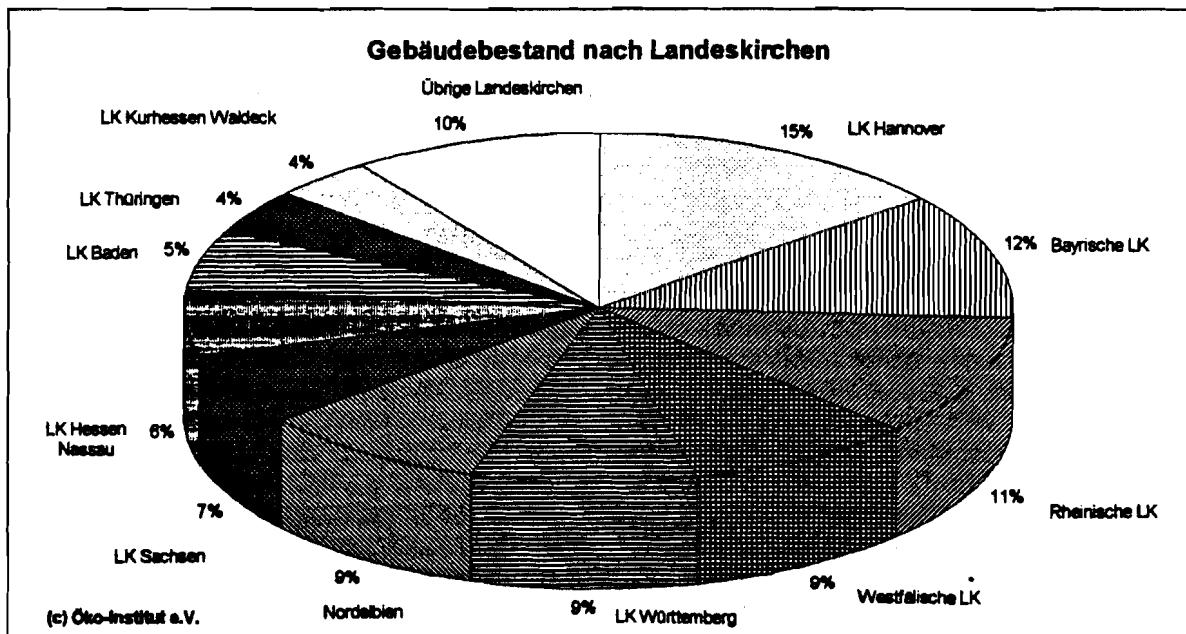
- Unterscheidung nach folgenden Gebäudetypen:
 - Kirchen / Kapellen,
 - Pfarrhäuser,
 - Gemeindehäuser,
 - Wohnhäuser,
 - Kindergärten,
 - Schulen,
 - Heime,
 - Tagungshäuser,
 - Verwaltung,
 - Sonstige.

² Landeskirchen: Anhalt, Berlin-Brandenburg (Ost), Mecklenburg, Pommern, Schlesische Oberlausitz

³ Diese Statistik wird zur Zeit aktualisiert und auf die östlichen Landeskirchen übertragen. Die Ergebnisse werden - soweit sie rechtzeitig vorliegen - in die Ist-Analyse eingearbeitet.



- größte Einzelgruppe: 17.483 Kirchen und Kapellen (31 %)
- rund 70 % (40.764) "konventionelle" Gebäude wie Pfarr-, Gemeinde-, Wohnhäuser, Heime, Kindergärten, etc....

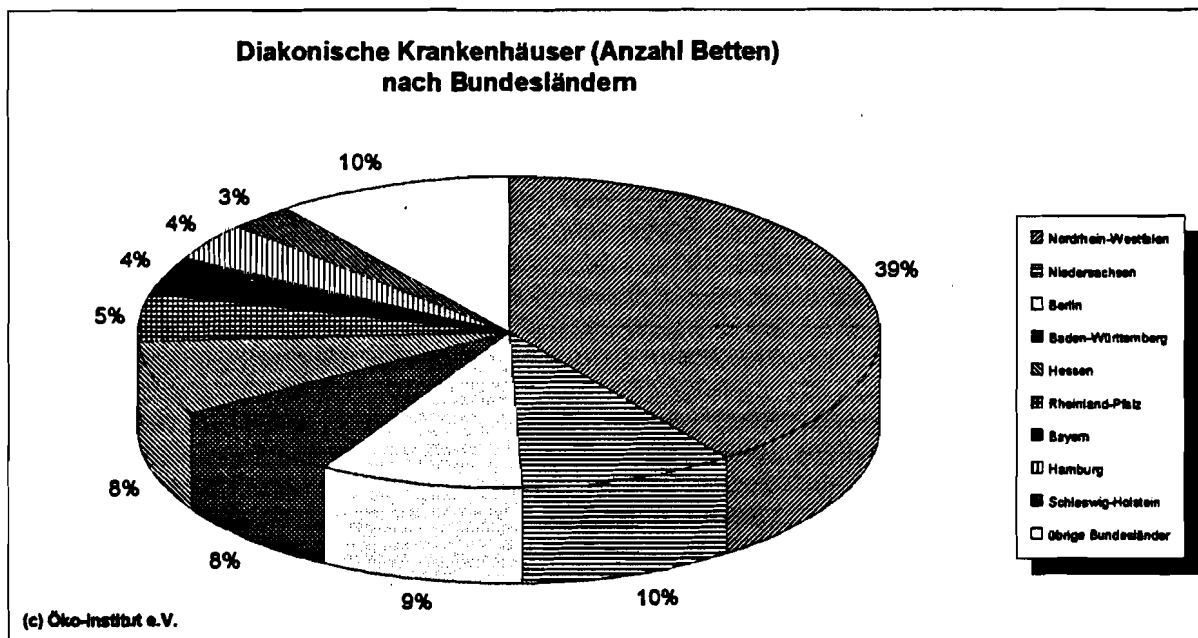


2.2 Diakonie

- Einrichtungsstatistik zum 31.12.1991, nach Bundesländern (incl. FNL)
- stationäre Einrichtungen, untergliedert in
Krankenhäuser und
Heime
- Tageseinrichtungen; Beratungsstellen sowie ambulante Dienste; Aus-, Fort- und
weiterbildungsstätten für soziale Berufe; sowie Einrichtungen für sonstige soziale Gruppen.

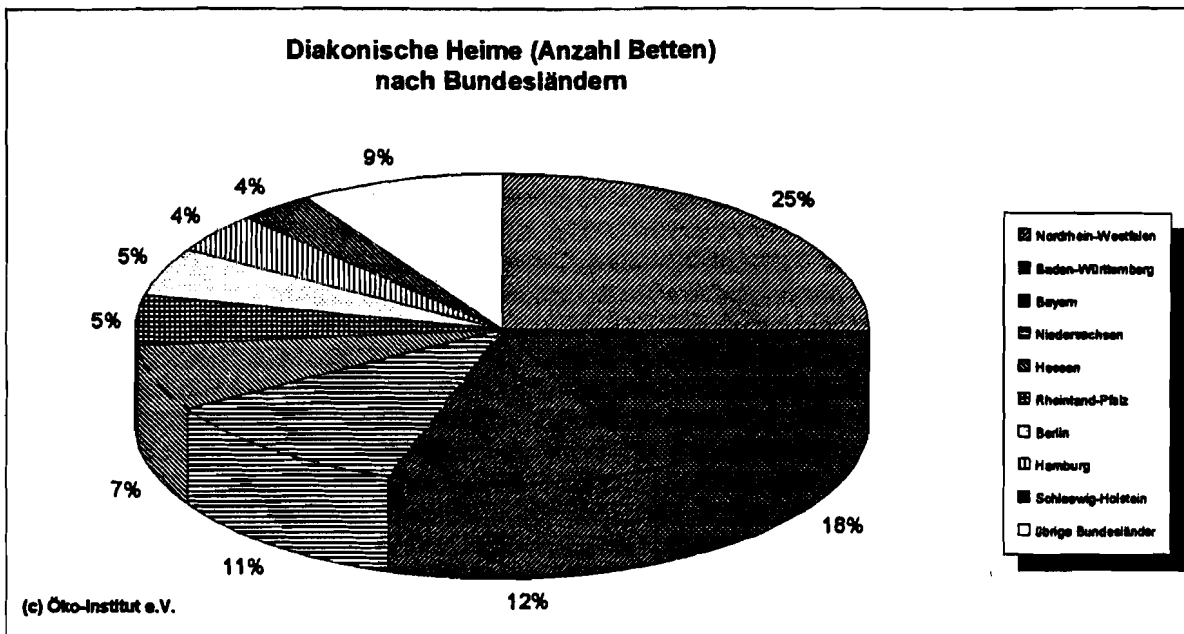
Krankenhäuser:

324 Einrichtungen, 67.322 Betten

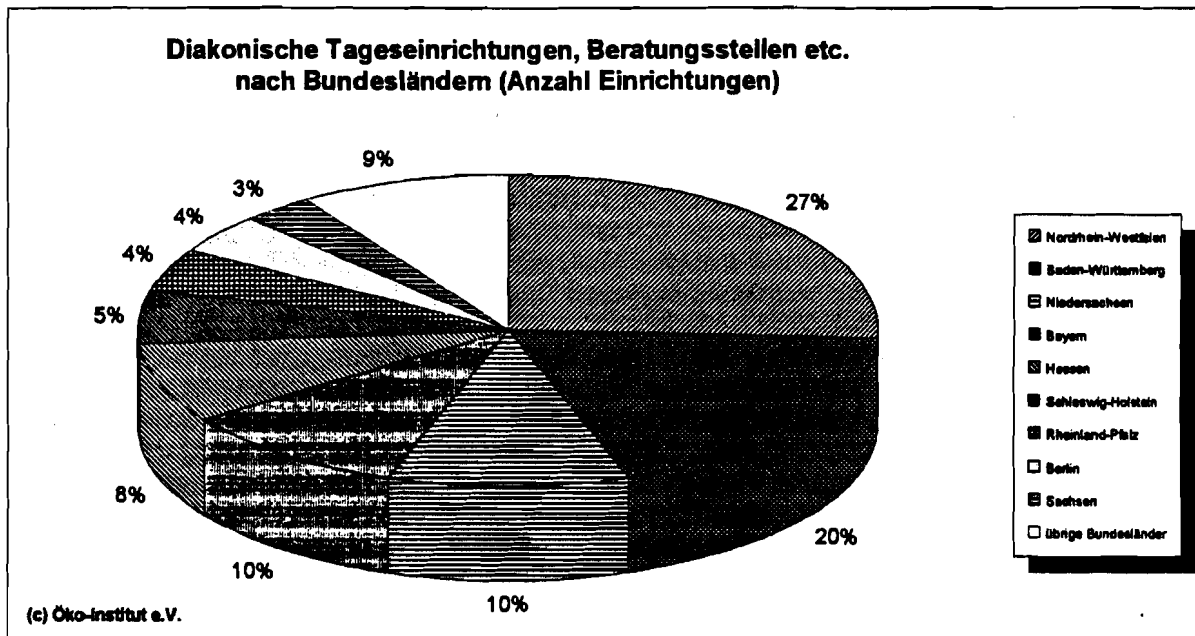


Heime:

4.030 Einrichtungen, 263.351 Betten



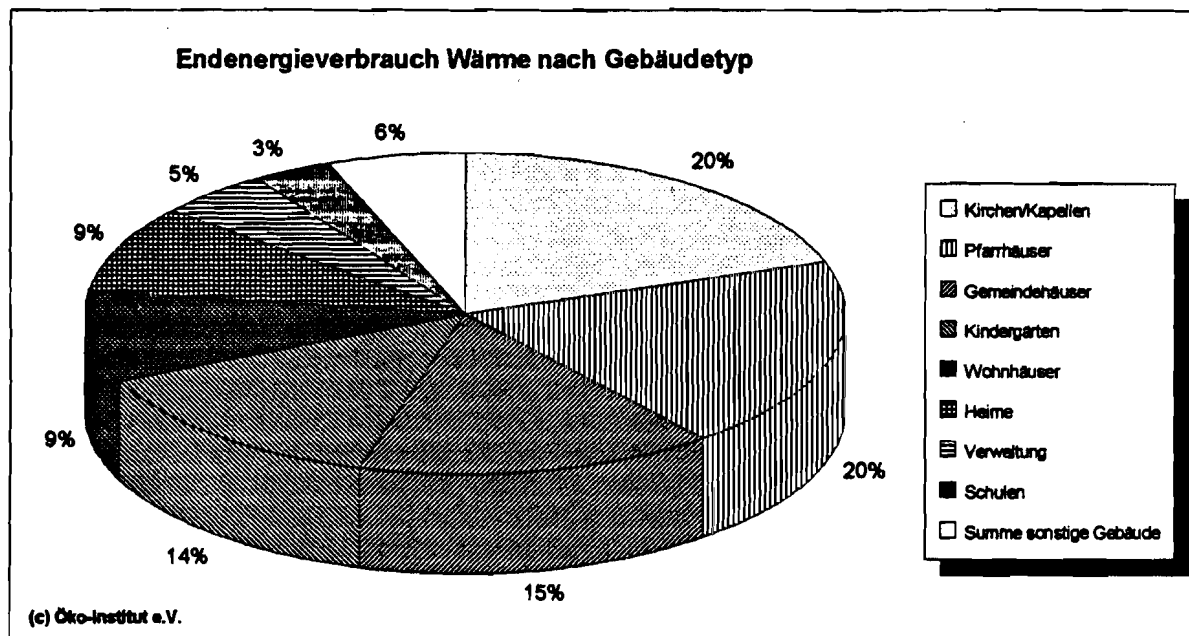
Tageseinrichtungen, Beratungs-, Weiterbildungsstätten:
23.326 Einrichtungen



3 Endenergieverbrauch Wärme

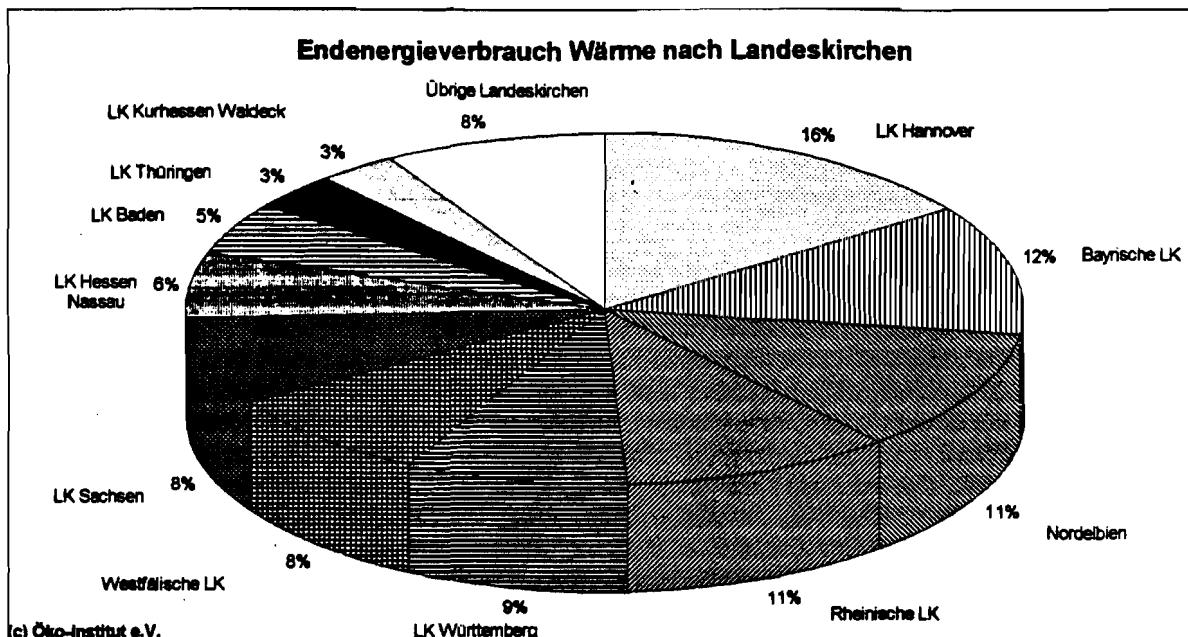
3.1 Landeskirchen

Endenergieverbrauch Wärme: ca. 4.800 GWh/a ⁴



- größte Einzelanteile: Kirchen / Kapellen und Pfarrhäuser mit jeweils rund 950 GWh/a
- 80 % des Wärmeverbrauchs in "konventionellen" Gebäuden

⁴ 1 GWh (Gigawattstunde) = 1.000 MWh (Megawattstunde) = 1 Mio kWh (Kilowattstunde)



- Sonstige Landeskirchen (Anteil am Wärmeverbrauch 8 %): Berlin-Brandenburg (West), Braunschweig, Oldenburg, evang. reform. Kirche, Bremische LK, Lippische LK, LK Schaumburg-Lippe
- Evang. Landeskirche in Württemberg:

errechnet Öko-Institut:	411 GWh/a (100 %)
errechnet Soller ⁵ :	524 GWh/a (127 %)
Anteil am Gesamtverbrauch:	9 %
- Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg:

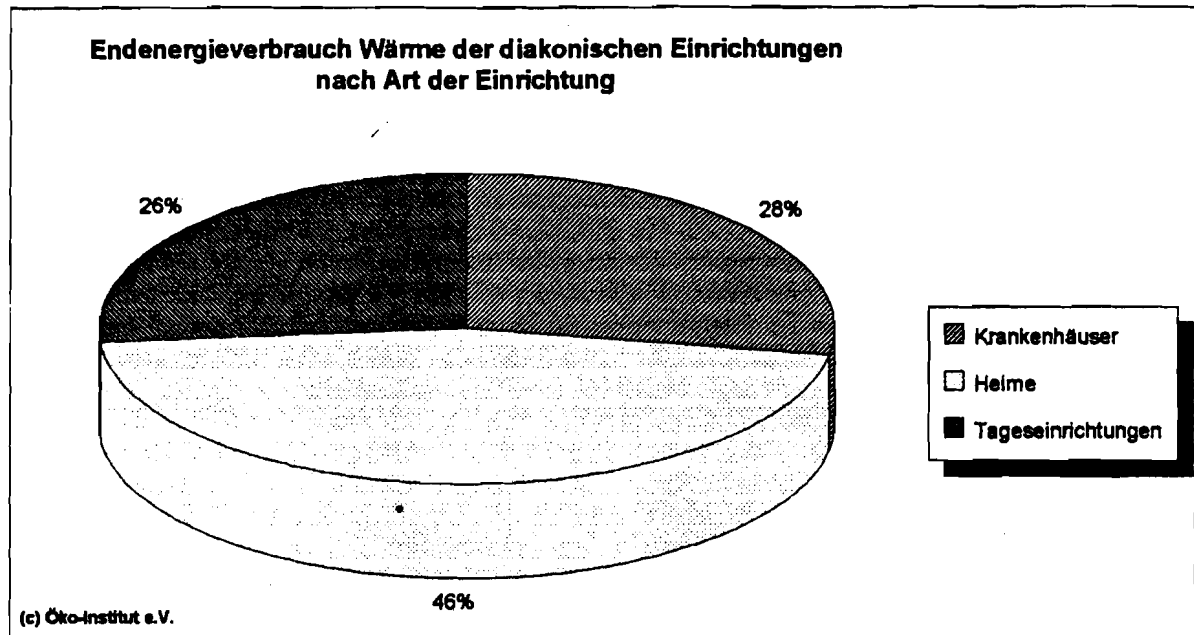
errechnet Öko-Institut:	65 GWh/a (nur West)
errechnet Gahlbeck ⁶ :	265 GWh/a (gesamte LK West und Ost)

⁵ Soller Ulrich, Die Kirche als Energieverbraucher, Energieverbrauch der Württembergischen Landeskirche aus Protokolldienst 7/87 der Evang. Akademie Bad Boll.

⁶ Gahlbeck, Klaus-Ekkehard, Berlin, Nov. 1993, LK Berlin-Brandenburg, Schöpfung bewahren und Energisch Energie Sparen in Gemeinden und Kirchenkreisen der Ev. Kirchen Deutschlands, Reader (Praktische Beispiele, Adressen, Ideen zum Nachmachen).

3.2 Diakonie

Endenergieverbrauch Wärme: ca. 6.200 GWh/a



- Kennwerte:
 - Krankenhäuser: BMFT, Energierationalisierung im Krankenhaus ⁷,
 - Heime: BINE, Rationelle Energieverwendung in öffentlichen Gebäuden ⁸,
 - Tageseinrichtungen, Beratungs-, Weiterbildungsstätten: BINE, Rationelle Energieverwendung in öffentlichen Gebäuden und eigene Abschätzung ⁹.

- Evang. Landeskirche in Württemberg:
 - errechnet Öko-Institut: 962 GWh/a
 - Anteil am Gesamtverbrauch: 15 %
 - Berechnung Soller ¹⁰: Vorgehen: 18.000 Mitarbeiter (1987), Energiekennwerte pro Mitarbeiter:
 - Ergebnis Soller : 360 GWh/a
 - tatsächlich 43.400 Mitarbeiter (1992), d.h.
 - "korrigiertes" Ergebnis Soller: 868 GWh/a.

⁷ Energierationalisierung im Krankenhaus (ERIK), Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn April 1991.

⁸ Rationelle Energieverwendung in öffentlichen Gebäuden, Kommunales Energiemanagement, BINE Informationspaket, Karlsruhe 1991.

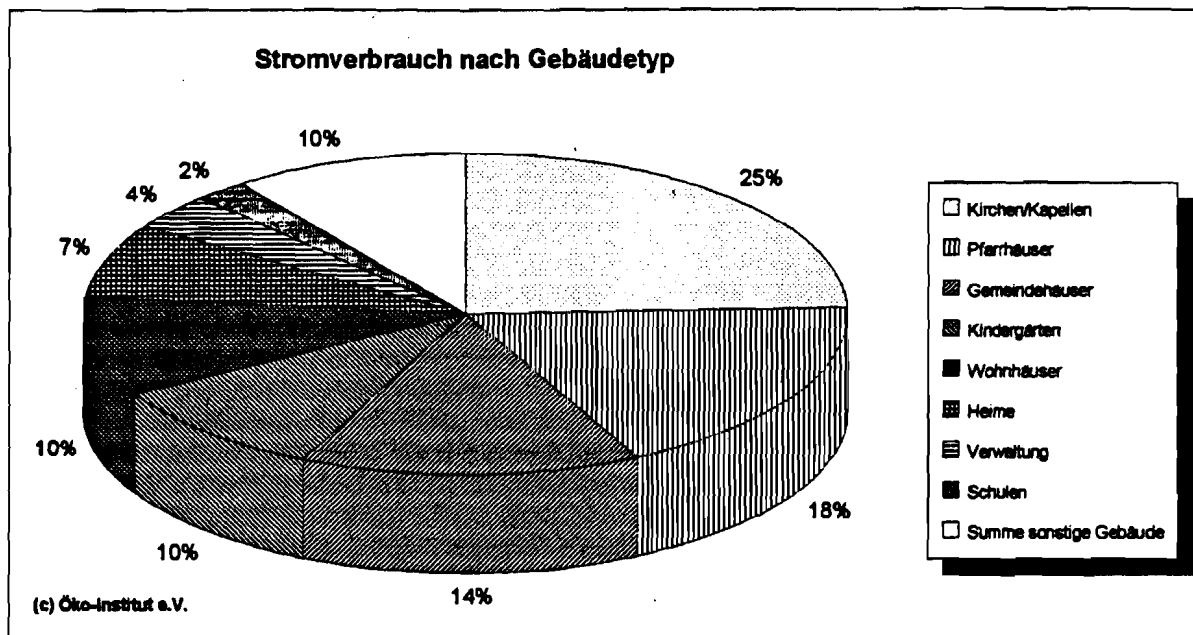
⁹ siehe vorangehende Fußnote.

¹⁰ Soller Ulrich, Die Kirche als Energieverbraucher, Energieverbrauch der Württembergischen Landeskirche aus Protokolldienst 7/87 der Evang. Akademie Bad Boll.

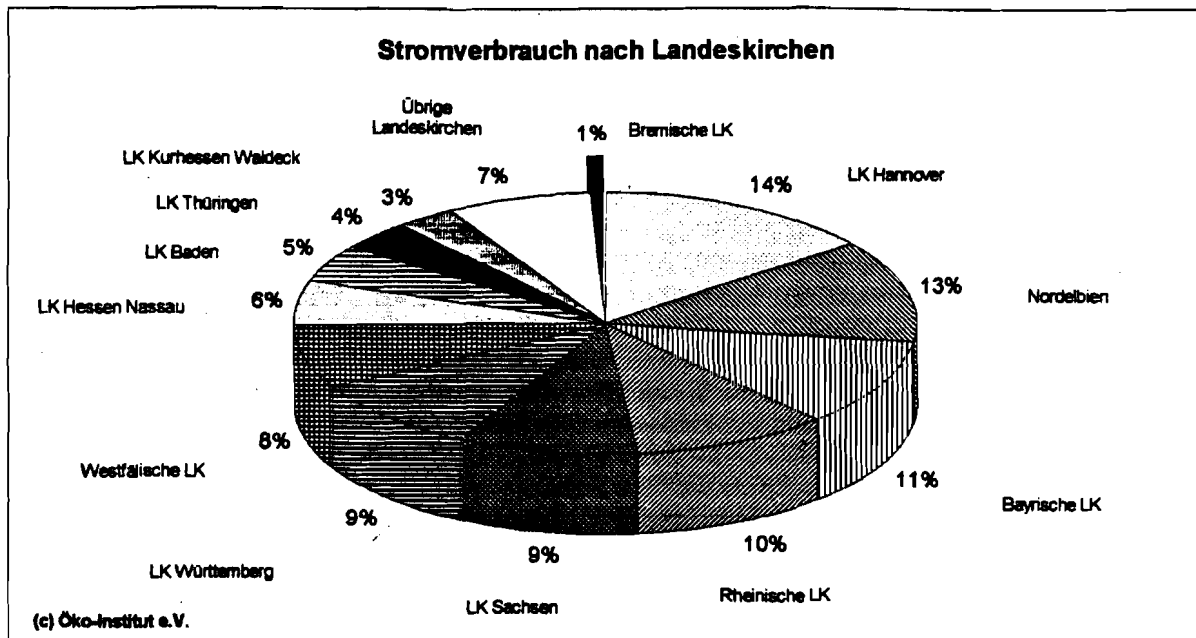
4 Elektrischer Energieverbrauch

4.1 Landeskirchen

Stromverbrauch: ca. 550 GWh/a



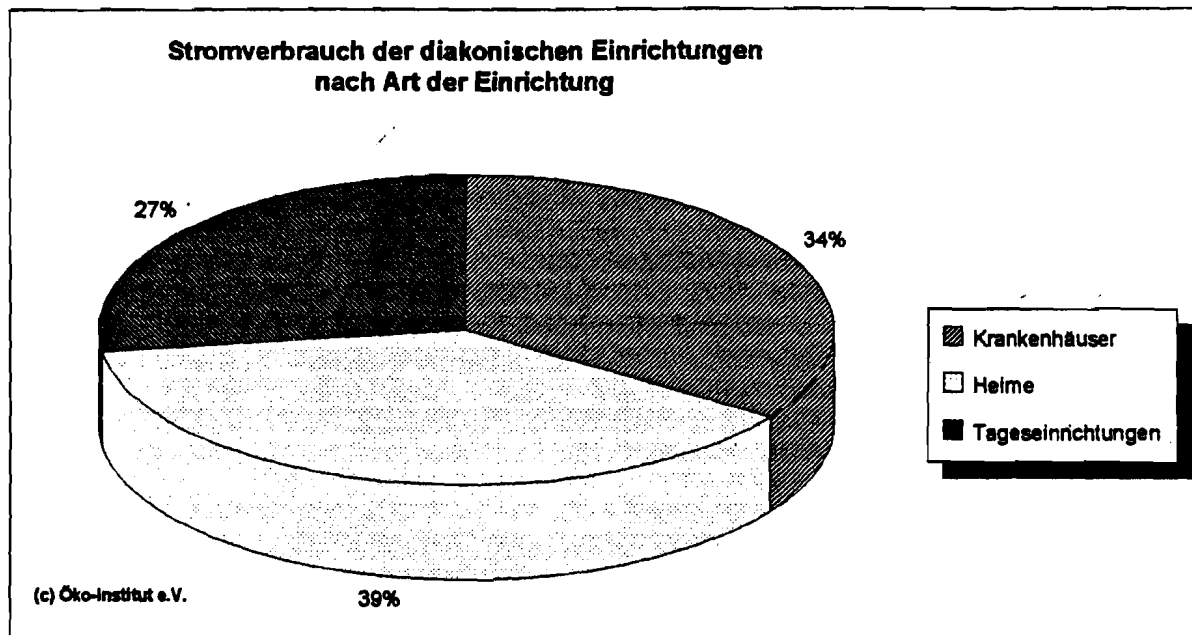
- größter Einzelanteil: Kirchen / Kapellen mit rund 134 GWh/a (25 %)
- 75 % oder 411 GWh/a des elektrischen Energieverbrauch in "konventionellen" Gebäuden



- **Übrige Landeskirchen (Anteil 7 % entspricht rund 41 GWh/a):** Berlin-Brandenburg (West), Braunschweig, Oldenburg, evang. reform. Kirche, Lippische LK, LK Schaumburg-Lippe, Pfalz
- **Stromverbrauch Bremische Landeskirche:**
 - errechnet Öko-Institut: 3.614 MWh/a (142 %)
 - Stromverbrauchserhebung 1993: 2.535 MWh/a (100 %)
 - Anteil am Gesamtverbrauch 0,66 %
 - wird 1995 vollständig auf regenerative Energiequellen umgestellt (Errichtung von 6 Windrädern voraussichtlich Anfang 1995)
- **Evang. Landeskirche in Württemberg:**
 - errechnet Öko-Institut: 49,4 GWh/a (101 %)
 - errechnet Soller: 49,0 GWh/a (100 %)
 - Anteil am Gesamtverbrauch: 9 %
- **Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg:**
 - errechnet Öko-Institut: 7 GWh/a (nur West)
 - errechnet Gahlbeck: 42 GWh/a (gesamte LK West und Ost)

4.2 Diakonie

Stromverbrauch: ca. 1.400 GWh/a



- **Kennwerte:**
 - Krankenhäuser: BMFT, Energierationalisierung im Krankenhaus,
 - Heime: BINE, Rationelle Energieverwendung in öffentlichen Gebäuden,
 - Tageseinrichtungen, Beratungs-, Weiterbildungsstätten: BINE, Rationelle Energieverwendung in öffentlichen Gebäuden und eigene Abschätzung.
- **Evang. Landeskirche in Württemberg:**
 - errechnet Öko-Institut: 204 GWh/a
 - Anteil am Gesamtverbrauch: 15 %
 - Berechnung Soller: Vorgehen: 18.000 Mitarbeiter (1987), Energiekennwerte pro Mitarbeiter:
 - Ergebnis Soller : 63 GWh/a
 - tatsächlich 43.400 Mitarbeiter (1992), d.h.
 - "korrigiertes" Ergebnis Soller: 152 GWh/a.

5 Zusammenfassung Energieverbrauch

5.1 Summe Energieverbrauch

Summe Endenergieverbrauch Wärme: ca. 11.000 GWh/a

- Aufteilung: 44 % oder 4.800 GWh/a im Bereich der Landeskirchen
56 % oder 6.200 GWh/a diakonische Einrichtungen

- Aufteilung des Endenergieverbrauchs Wärme auf die verschiedenen Energieträger ¹¹:
 - 35 % Heizöl entspricht: 3.870 GWh/a
 - 31 % Erdgas entspricht: 3.425 GWh/a
 - 15 % Kohle entspricht: 1.700 GWh/a
 - 12 % Fernwärme entspricht: 1.280 GWh/a
 - 7 % Strom entspricht: 725 GWh/a

¹¹ nach: Energiemarkt Bundesrepublik Deutschland, Praxiswissen aktuell, Dr. H.-W. Schiffer, 1993

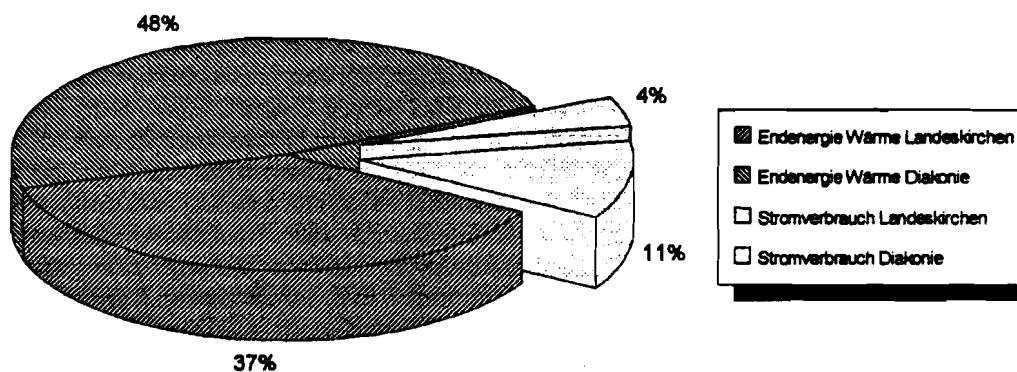
Summe elektrischer Energieverbrauch: ca. 1.920 GWh/a

- Aufteilung: 28 % oder 545 GWh/a im Bereich der Landeskirchen
72 % oder 1.375 GWh/a diakonische Einrichtungen

Gesamtenergieverbrauch, Strom und Wärme: rund 12.900 GWh/a

Gesamtenergieverbrauch der evang. Kirche und der diakonischen Einrichtungen in Deutschland

Gesamtenergieverbrauch: rund 12.900 GWh/a



5.2 Energiekosten

Summe Energiekosten: rund 942 Mio. DM/a

- Heizenergiekosten ¹²: rund 591 Mio DM/a
- Stromkosten ¹³: rund 351 Mio DM/a
- Kirchensteueraufkommen 1990: 6.492 Mio. DM ¹⁴
- ca. 15 % des Kirchensteueraufkommens werden für Energiekosten aufgebracht ¹⁵.

¹² Kostenannahmen: 4,5 Pf/kWh Heizöl, 5 Pf/kWh Erdgas, 4 Pf/kWh Kohle, 7 Pf/kWh Fernwärme, 12 Pf/kWh Heizstrom (Quelle: Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik 1991, S. 55, VWEW-Verlag, Frankfurt 1993).

¹³ Kostenannahmen: 18,3 Pf/kWh Strom (Quelle: Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik 1991, S. 55, VWEW-Verlag, Frankfurt 1993).

¹⁴ Die Kirche und ihr Geld, Vom Geld begeistert - vom Geist bewegt? Eine Handreichung für Presbyter und Presbyterinnen, Mitglieder von Kirchenvorständen und andere Interessierte. Südwind e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene, 1993.

¹⁵ Nach Angaben der Interviewpartner liegt der Energiekostenanteil bei den Gemeinden zwischen ca. 5 und 10 % des gesamten Gemeindehaushaltes. Der Anteil des Kirchensteueraufkommens am Gemeindehaushalt liegt zwischen 50 und 60 % (Quelle: siehe vorangehende Fußnote).

6 Emissionen

Schwefeldioxid SO₂: rund 11.000 t/a

Stickoxide NO_x: rund 5.000 t/a

Kohlendioxid CO₂: rund 6,4 Mio. t/a ¹⁶

- Datengrundlage: GEMIS ¹⁷
- ohne Verkehr

¹⁶ CO₂-Äquivalente: rund 7,1 Mio. t/a

¹⁷ Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik entwickelte das Öko-Institut mit der GH Kassel ein Modell zur Umweltanalyse von Energiesystemen, das als Computermodell GEMIS (Gesamt-Emissionsmodell-Integrierter-Systeme) zur Verfügung steht.

7 Bewertung

- **Höhe des Energieverbrauchs** der kirchl. Gebäude (incl. Diakonie) wie der der **Stadt Hannover** ¹⁸
- **Höhe des Einsparpotentials** innerhalb der evang. Kirche höher als das der Stadt Hannover, weil:
 - überwiegend Raumwärmebereich und
 - insgesamt günstigere Umsetzungsbedingungen
- **Größenordnung des Einsparpotentials** innerhalb der kirchlichen Gebäude (incl. Diakonie) wie der derzeitige Energieverbrauch der **Stadt Saarbrücken** ¹⁹
- **Höhe der CO₂-Emissionen** wie die der **Staaten Kenia und Sudan** zusammen, mehr als der **Staat Kamerun**, 10 % der CO₂-Emissionen von **Dänemark**, ...
- hohes BHKW-Potential (Blockheizkraftwerk - BHKW) im Bereich der Diakonie
 - Bereich Krankenhäuser ²⁰: mindestens 200 Anlagen
 - Bereich Heime ²¹: mindestens 500 Anlagen
- ...
- ...

Fazit: Umweltbeauftragter der Landeskirche Hannover

"Wer jetzt kein Geld ausgibt, dem wird es später teuer zu stehen kommen."

¹⁸ Energieverbrauch der Stadt Hannover: 13.100 GWh/a, davon rund 23 % Strom und 77 % Wärme.

¹⁹ Energieverbrauch der Stadt Saarbrücken rund 4.700 GWh/a, entspricht 36 % des Energieverbrauchs der kirchlichen Gebäude (incl. Diakonie)

²⁰ bei 67.322 Betten in 324 Einrichtungen durchschnittlich 207 Betten/Krankenhaus

²¹ bei 263.351 Betten in 4.030 Einrichtungen durchschnittlich 65 Betten/Heim



Postfach 6226
79038 Freiburg
☎ 0761-45295-0
Fax -475437

Bunsenstr. 14
64293 Darmstadt
☎ 06151-8191-0
Fax -8191-33

Friedrichstr. 165
10117 Berlin
☎ 030-2291393
Fax -2291393